

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Harald Güller

Abg. Karl Freller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Peter Winter

Abg. Ernst Weidenbusch

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Regierungserklärung des Herrn Staatsministers der Finanzen, für

Landesentwicklung und Heimat

"BAYERISCHE LANDESBANK"

Das Wort hat der Herr Staatsminister Dr. Markus Söder. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will heute Bilanz ziehen zur BayernLB und zur Arbeit der letzten sechs Jahre und auch zeigen, wie der Abschluss eines der schwierigsten wirtschaftlichen Kapitel der bayerischen Nachkriegsgeschichte gelungen ist. Die klare Botschaft des heutigen Tages lautet: Wir haben es gemeinsam geschafft.

(Beifall bei der CSU)

Was 2008 nahezu keiner geglaubt hat, ist gelungen. Wir haben diese Krise überwunden und sind heute stärker und stabiler als vorher. Im Klartext: Die BayernLB ist saniert. Die BayernLB hat jüngst eine Milliarde Euro überwiesen, die zur Schuldentilgung verwendet wird, und damit insgesamt 5,5 Milliarden Euro an den Steuerzahler zurückgezahlt. Der EU-Rückzahlungsplan ist sogar zwei Jahre früher als vorgesehen erfüllt, und damit ist das EU-Beihilfeverfahren beendet worden. Meine Damen und Herren, das ist ein Erfolg, den wir gemeinsam geschafft haben.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2008 stand die Bank quasi noch vor dem Untergang. Heute können wir ohne Euphorie, sondern froh und erleichtert feststellen: Wir haben unter schwierigsten Umständen einen ganz schweren Mühlstein beiseite gerollt. Die BayernLB ist nicht nur gerettet; sie steht heute stabiler da als je zuvor. Das ist ein beispielloser Turnaround in der deutschen Bankenlandschaft und insgesamt ein großer Erfolg für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist nicht nur eine Meinung, sondern lässt sich auch an Zahlen und Fakten ablesen, zum Beispiel am Rating.

In den Jahren 2009 und 2011 wurde die Bank von der Rating-Agentur Moody's zweimal herabgestuft; irgendwann drohte sogar Ramschniveau. Heute erhält die Bank Top-Ratings. Erst im April dieses Jahres erfolgte ein erneutes Upgrade. Moody's hob das langfristige Rating der BayernLB auf A-1. Das war seit 2011 die dritte Rating-Aufstufung in Folge.

Nur zum Vergleich: Die BayernLB hat heute ein besseres Rating als die Deutsche Bank oder die Commerzbank, und in ganz Deutschland hat nur eine vergleichbare Bank ein besseres Rating. Wir kamen vom letzten Tabellenplatz und sind wieder oben angesiedelt. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zum Beispiel der Gewinn: 2008 gab es unbestritten tiefrote Zahlen. Ein gewaltiger Verlust von über fünf Milliarden Euro stand an. Das war und ist der größte Verlust in der Geschichte der BayernLB. Heute zeigt sich ein anderes Bild. Der Gewinn vor Steuern betrug im Jahr 2016 708 Millionen Euro. Das bedeutet eine weitere Verbesserung des bereits hervorragenden Vorjahresergebnisses 2015 um fast 10 %.

Damit sind wir auch im Vergleich spitze in Deutschland, haben eines der besten Jahresergebnisse aller deutschen Geschäftsbanken erzielt, und auch der Freistaat profitiert wieder. Erstmals wurden für 2016 Zinsen auf die stille Einlage des Freistaats gezahlt. Das heißt, wir sind wieder in einem ordentlichen und normalen Geschäftsmodus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Anhand der Eigenkapitalquote kann man sagen, ob eine Bank stabil und für die Herausforderungen gerüstet ist. Seit Einführung der sogenannten Basel-III-Regeln stellt die Bankenaufsicht ohnehin massiv erhöhte Eigenkapitalanforderungen. Anfang 2014 lag die harte Kernkapitalquote noch bei 9,5 %, heute liegt sie bei 13,1 %. Das ist eine Steigerung um fast 40 % – und das trotz ständiger Rückzahlungen. Auch dieser Wert ist sehr stabil und lässt in der Zukunft Gutes vermuten.

(Beifall bei der CSU)

Zum Rückzahlungsplan sage ich Folgendes als Beleg: Nach dem mit der EU vereinbarten Rückzahlungsplan hätte die BayernLB bis zum 31. Dezember 2019 – das ist noch eine lange Zeit – einen Beitrag von 4,96 Milliarden Euro zurückzahlen müssen. Das war die Auflage der EU. Aber bereits zum 30. Juni dieses Jahres stellen wir fest, dass 5,5 Milliarden Euro an den Freistaat Bayern zurückgezahlt worden sind. Das heißt: Es wurde mehr als verlangt zurückgezahlt, und der Rückzahlungsplan wurde übererfüllt – bereits zwei Jahre früher als geplant. Meine Damen und Herren, ich kenne wenige Banken in Europa, die dieses Verfahren so gut überstanden haben. Wir sind jetzt frei. Das ist gut so, und wir freuen uns darüber.

(Beifall bei der CSU)

Es bleibt aber die Frage: War das selbstverständlich, war das Dusel, war das Glück, oder war das nur auf die normale Wirtschaftslage zurückzuführen? – Lassen Sie mich einen kurzen Vergleich zu anderen Landesbanken ziehen. Die WestLB wurde zerschlagen. Das ehemals stolzeste Flaggschiff unter den Landesbanken wurde aufgelöst. Dabei ist der Preis, den das Land NRW zahlen muss, noch völlig ungewiss, und es drohen noch hohe Schädigungen des Steuerzahlers. Die HSH Nordbank muss jetzt auf Betreiben der Europäischen Kommission endgültig verkauft oder ebenfalls abgewickelt werden. Die dabei auftretenden Schädigungen werden weit in die Sparkassenlandschaft Deutschlands reichen. Und auch die NordLB schreibt hohe Verluste. Erst kürzlich wurde ihr Rating wieder massiv herabgestuft. Ich sage Ihnen eines – das

meine ich sehr offen –: Ich glaube, dass es bei der BayernLB kein Glück, sondern am Ende das Ergebnis gemeinsamer harter und solider Arbeit war.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich will nichts beschönigen. Alle Kritik der vergangenen Jahre war berechtigt. Lassen Sie uns einen kurzen Blick zurück ins Jahr 2008 werfen. Damals hatte die BayernLB mit toxischen ABS-Papieren im Wert von über 20 Milliarden Euro spekuliert und sich an internationalen Finanzmärkten verspekuliert. Zudem hatte sie 3 Milliarden Euro in eine marode Tochterbank in Österreich gesteckt und dieser anschließend sogar noch eine Menge Geld geliehen. Damals bestand ein Haftungsrisiko in Höhe von über 100 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung für den Freistaat Bayern, was dem Zweieinhalbfachen des damaligen Staatshaushaltes entsprach. Ein Abstoßen oder ein Wegducken wäre niemals möglich gewesen. Dieses bedrohte aber nicht nur Bayern und den Bayerischen Landtag, sondern auch die Sparkassen. Damals war es eine existenzielle Bedrohung für die bayerischen Sparkassen – sie sind heute einer der wichtigsten Partner, die wir haben – mit unabsehbaren Folgen. Eine Pleite hätte die gesamte Wirtschaft erschüttert, Sparer um ihr Geld gebracht und Arbeitsplätze in Bayern gefährdet.

Damals – ich habe noch einige Zeitungsausschnitte – gab praktisch niemand mehr einen Pfifferling auf die Bayerische Landesbank. Hierbei lauteten die Schlagzeilen: "BayernLB in Not", "BayernLB im Chaos", "Desaster der BayernLB", "BayernLB überhaupt noch zu sanieren?". Manche Zeitungen forderten eine schnelle und geordnete Abwicklung der BayernLB.

Nach den ersten Hilfsmaßnahmen, die der Landtag unter meinem Amtsvorgänger 2008 getroffen hat, waren noch 2011 zentrale Fragen natürlich offen.

Erstens. Es war noch nicht entschieden, ob das Beihilfeverfahren in Brüssel überhaupt genehmigt wird; denn die Wettbewerbshüter in Brüssel waren sich nicht sicher, ob sie eine Beihilfe genehmigen oder gar die Zerschlagung der Bank fordern sollten. Die

Bank war damals noch in keinem Zustand, der die EU von ihrer Lebensfähigkeit überzeugt hätte. Die Sparkassen befanden sich zu demselben Zeitpunkt übrigens in einer doppelten Gefahr. Die erste Frage war, wie es 2008 mit der Gewährträgerhaftung ausgesehen hat. Ich sage ausdrücklich: Der hohe Betrag, den man 2008 übernommen hat, hing auch damit zusammen, dass man damals auch eine Schutzfunktion für die Sparkassen wahrgenommen hat. Man muss diesem Landtag sehr positiv zugutehalten, dass sich der Staat damals nicht nur auf seine Gewährträgerhaftung konzentriert hat, sondern dass er auch für die Sparkassen und damit für die Kommunen eine riesengroße Schutzfunktion übernommen hat.

(Beifall bei der CSU)

2012 gab es aber die nächste Herausforderung; denn die Europäische Kommission war mit dem angedachten Lastenbeitrag der Sparkassen nicht zufrieden und forderte deutlich mehr. Ganz offiziell drohte sogar ein eigenes Beihilfeverfahren gegen die gesamten bayerischen Sparkassen. Dank der damaligen Verhandlungen und der gemeinsamen Initiativen des Freistaats Bayern gelang es auch, den Lastenbeitrag der Sparkassen moderat zu gestalten. Man kann sagen: Damals hat der Freistaat den Sparkassen ein zweites Mal geholfen. Wir waren überzeugt, dass es richtig ist, und wir sind froh, dass wir heute weiterhin starke Partner sind.

(Beifall bei der CSU)

Wer übrigens glaubt, dass Verhandlungen mit der EU einfach sind – das darf ich aus menschlicher Erfahrung sagen –, der täuscht sich. Eisige Stimmung, Räume ohne Fenster mit stickiger Luft und schlechter Kaffee aus Automaten – es waren harte und schwierige Verhandlungen. Alle, die dabei waren, wissen es und haben es miterlebt. Trotzdem gelang im Juli 2012 der Durchbruch mit der Kommission. Wir alle, auch hier im Hohen Haus, waren froh und erleichtert, als unser Ministerpräsident, Wolfgang Schäuble als Bundesfinanzminister, Herr Häusler, der damalige Vorstandsvorsitzende,

und ich gemeinsam mit Kommissar Almunia in Brüssel eine Einigung verkünden konnten.

Wer gedacht hat, dies sei das Ende, der täuschte sich. Das war vielmehr der Start eines langen Marathons; denn angesichts der anhaltenden und nachhaltigen Finanzmarktkrise musste die Bank erst anfangen. Sie musste strenge Stresstests durch die Europäische Zentralbank und die Europäische Bankenaufsicht bestehen und gleichzeitig die Eigenkapitalquote ständig erhöhen. Meine Damen und Herren, wir waren in all den Jahren in einer schwierigen Sandwichposition zwischen Kommission und EZB: Die Kommission wollte strenge Rückzahlungen mit enormem Kapitalabbau, und die EZB als Bankenaufsicht forderte Stresstests und Kapitalerhöhungen. Stellen Sie sich vor, dass wir bei einem Stresstest durchgefallen wären! Dies hätte die Stabilität, die Marktstellung und übrigens das gesamte Beihilfeverfahren erneut gefährdet. Das hätte am Ende möglicherweise ein Nachschießen und eine Zusatzzahlung durch den bayerischen Steuerzahler bedeutet.

Im Endeffekt ist es so ausgegangen: Wir haben zurückgezahlt und gleichzeitig Geld zurückgelegt. Wir haben Tests bestanden, die Kapitalquote erhöht und uns noch ein gutes Polster zugelegt. Meine Damen und Herren, bei allen Schwierigkeiten, die wir hatten, ist dies eine sehr ordentliche Bilanz, die wir gemeinsam an der Stelle geschafft haben.

(Beifall bei der CSU)

Zu schauen, wie die Kapitalstruktur ist, ist eigentlich eine normale Form der Arbeit. Daneben gab es aber Altlasten zu bewältigen. Wir haben alle angesprochen, und ich will noch einmal sagen, dass ein Rucksack mit schwersten Steinen zu schleppen war. Fangen wir einmal mit Ungarn und der MKB an. Das war die erste Altlast, die ich erlebt habe. Aufgrund massiver staatlicher Eingriffe durch Ungarn erwirtschaftete die MKB, die viele Jahre lang erfolgreich war, massive Verluste. Zum Vergleich: Für die kleine MKB wurde in Ungarn eine höhere Banken-Abgabe erhoben als diejenige, die

wir heute für die gesamte BayernLB zahlen müssen. Es gab also Verluste. Schwierige Töchter in Rumänien und Bulgarien sowie hohe Kredite, die im Feuer standen, machten das Problem groß. Wir konnten dann dieses Problem gemeinsam Schritt für Schritt in Verhandlungen mit der ungarischen Regierung lösen. Im Juli 2014 konnte sich die Bank dann von ihrer Beteiligung trennen. Trotz Verlusten sind wir am Ende dabei mit einem blauen Auge davongekommen, und es war die richtige Entscheidung, diese Trennung vorzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Nun zum dicken Brocken, der Hypo Group Alpe Adria: Der Kauf war sicher einer der schwersten Fehler, die man überhaupt machen konnte. Das wissen wir und haben ihn auch so genannt. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Die heutige HETA hatte damals ein Megaproblem; das war eine scheinbar unendliche Geschichte.

(Susann Biedefeld (SPD): Hat lange gedauert!)

Übrigens war nicht nur der Kauf ein schwerer Fehler, sondern auch nach dem Verkauf blieb ein hohes Risiko stehen; denn ein Kredit an die ehemalige österreichische Tochter in Kärnten von über rund 3 Milliarden Euro wurde von österreichischer Seite plötzlich bestritten und nicht mehr gezahlt. Es gab ein Gesetz, das vom Parlament in Wien beschlossen wurde, nach dem unsere Forderungen erloschen und sogar zwangsweise gestundet worden wären, also de facto eine Enteignung der BayernLB durch das Parlament. Wenn dies Bestand gehabt hätte, hätte das neue Risiken in Milliardenhöhe für die BayernLB bedeutet.

Wir haben damals aber nicht den Kopf in den Sand gesteckt, wir haben nicht aufgegeben, sondern wir haben uns juristisch gewehrt, und zwar erfolgreich. Wir haben vor dem Verfassungsgerichtshof in Wien und vor dem Landgericht in München gewonnen. Aber ich gebe ganz offen zu: Die juristische Lösung hat am Ende keinen wirtschaftlichen Ertrag gebracht. Im November 2015 gelangen schließlich der Generalvergleich mit Österreich und die Befreiung von der schwierigsten Altlast der BayernLB. Nach

schwierigsten Verhandlungen wurde eine Zahlung von Österreich in Höhe von 1,23 Milliarden Euro gesichert.

Ich sage ganz offen: Einen ganz großen Anteil daran hat jemand, der eigentlich formal gar nicht zuständig war, der aber nicht nur dank seiner guten Kontakte zu Österreich, sondern auch wegen seines Verständnisses, wie Österreich tickt und wie dort Geschäfte gemacht werden, eine wichtige Funktion als Verhandlungspartner hatte. Weil er heute auch noch Geburtstag hat, möchte ich ihm ein menschliches, aber auch ein politisches Dankeschön im Namen des Freistaates sagen: Lieber Ernst Weidenbusch, Danke für die Hilfe und Danke für die Unterstützung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die letzte Altlast, die übrigens von den wenigsten Medien thematisiert wurde, drückt schwer: Das war das ABS-Portfolio, diese minderwertigen amerikanischen Hypothekenkredite, die der eigentliche Auslöser für die weltweite Finanzkrise waren. Die BayernLB besaß Ende 2008 eine ganze Menge ABS-Papiere im Wert von 20 Milliarden Euro. Der Freistaat musste dafür eine Ausfallgarantie in Höhe von 4,8 Milliarden Euro, fast 5 Milliarden Euro, übernehmen.

In dieser Zeit – es schwelte alles so nebenbei; der Haushaltsausschuss hat oft darüber geredet und sich damit beschäftigt – gelang es – das war im Herbst 2014 – durch eine wirklich klug vorbereitete Auktion und einen geschickten Verkauf zum richtigen Zeitpunkt, dieses ABS-Portfolio zu veräußern. Wir hatten Glück, dass aufgrund des gesamten Zinsumfelds plötzlich der Handel mit solchen Papieren der Börse wieder erträglich erschien. Das war geschickt von der Bank gemacht. Das muss man ausdrücklich sagen. Aus Sicht des Freistaats konnte dann am Ende statt eines befürchteten Milliardenverlusts per Saldo sogar noch ein Gewinn erwirtschaftet werden. Ich will Ihnen eines sagen: Dass uns das gelungen ist – dabei war Glück, aber auch Geschick –, darüber bin ich froh. Damit waren alle Altlasten beseitigt. Man kann sagen: Mission accomplished. Der Laden ist ordentlich aufgestellt worden.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt könnte man sagen: So weit, so gut. Aber parallel zu dem Abbau der Altlasten musste das Kerngeschäft verändert werden. Wir hatten noch einen zusätzlichen Auftrag. Die Bank musste komplett umgebaut werden. Wir mussten eine Idee dafür haben, und die Idee war, dass eine neue BayernLB am Ende kleiner, regionaler und sicherer werden muss. Was war zu tun?

Damit man die Größenordnung der Dimension sieht: Die Bilanzsumme wurde nahezu halbiert, von rund 420 Milliarden Euro auf rund 220 Milliarden Euro. Risikopositionen wurden von rund 200 Milliarden Euro auf rund 66 Milliarden Euro zurückgeführt, andere Umstrukturierungsmaßnahmen – zum Beispiel die Reduzierung der sogenannten Restructuring Unit von 86 Milliarden Euro auf 6 Milliarden Euro – wurden durchgeführt. Es wurden Auslandsstandorte wie Peking, Tokio, Montreal, Mumbai, Kiew, Hongkong und Shanghai geschlossen. Viele Beteiligungen wie LBS, LBLux, Lufthansa, SaarLB und MKB – zu erwähnen ist auch der hoch sensible Prozess im Zusammenhang mit der GBW – wurden aufgegeben.

Schließlich haben wir die Organe der Bank verändert. Wir haben sie entpolitisiert und transparenter gemacht. Seit 2013 sind keine Politiker mehr als staatliche Vertreter in den Aufsichtsrat entsandt worden. Ich hoffe, das ist vom Parlament auch so verstanden worden: Wir haben einen neuen Stil des Miteinanders etabliert. Die BayernLB ist heute quasi eine Parlamentsbank. Wichtige Themen wurden und werden auch in Zukunft vertrauensvoll in und mit dem Haushaltsausschuss besprochen. Ich halte das für den richtigen Weg. Es hat sich bewährt, dass Parlament, Staatsregierung und Bank es als Gemeinschaftsaufgabe verstehen, sich gemeinschaftlich zu beraten und auch so entscheiden.

Mein Fazit heute: Das Ganze war ein harter Brocken. Es hat manch graues Haar gekostet, glauben Sie mir, und schlaflose Nächte. Aber unter dem Strich kann man sagen: Die Mühe und der Einsatz, auch der Nerveneinsatz, haben sich gelohnt. Wir

haben eine große Sorge weniger. Die Steuerzahler können durchschnaufen, und die Wirtschaft in Bayern kann darauf setzen, auch künftig einen verlässlichen Partner zu finden. Ich sage es ganz offen: Ein Land wie Bayern braucht auch eine stabile und erfolgreiche Landesbank.

(Beifall bei der CSU)

Ist die Sache jetzt vorbei, ist es jetzt wurscht? Man könnte sagen: Das ist abgeschlossen, wir reden nicht mehr darüber. – Das Gegenteil ist der Fall. Wir dürfen uns auf keinen Fall zurücklehnen. Unsere Ärmel müssen weiter hochgekremgelt bleiben. Wir haben eine klare Strategie definiert. Wir halten natürlich an seriöser Geschäftspolitik fest. Mit der Beendigung des EU-Beihilfeverfahrens ist ein unbelasteter Beginn für die neue BayernLB möglich. Die neue BayernLB kann sich wieder ausschließlich auf ihre Kunden und deren Bedürfnisse konzentrieren und braucht sich weniger um die Beamtenschaft in Brüssel zu kümmern. Aber klar ist auch: Wir werden und dürfen die Vergangenheit nicht vergessen, nicht nur weil das Parlament dafür gesorgt hat, sondern auch wegen der inneren Idee. Die harten Auflagen der Europäischen Union waren am Anfang schwer, aber im Endeffekt heilsam; sie sind heute Bestandteil unserer Philosophie geworden.

Die Bank hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt – sie musste das auch tun – und hat die Lehren gezogen. Abenteuerliche Spekulationsgeschäfte gerade im Ausland, riskante Beteiligungsabenteuer auf dem Balkan oder sonstwo wird es nicht mehr geben. Das Verbot des Eigenhandels oder des Investments in ABS-Wertpapiere gilt weiter. Ich sage auch ausdrücklich: Das Auslandsgeschäft bleibt begrenzt. Klar ist: Eine BayernLB wird als Landesbank ihre Geschäfte nicht nur im Inland betreiben können und soll das auch nicht; denn gerade die Exportwirtschaft braucht Partner bei der Begleitung im Ausland oder umgekehrt: Investoren, die in Bayern investieren wollen, brauchen eine Begleitung. Die BayernLB ist ein wichtiger und vitaler Partner für die bayerische Wirtschaft, die engagiert ist.

Aber wir haben klare Regeln für die Geschäftstätigkeit im Ausland festgelegt. Vor dem Einstieg in jeden neuen Geschäftsbereich müssen Chancen und Risiken im Aufsichtsrat sorgsam abgewogen werden. Die Bank wird für solche bislang nicht möglichen Geschäftsbereiche klare und kontrollierbare Höchstgrenzen definieren. Es wird auch bei Offshore verschärfte Regeln geben, darüber haben wir schon oft geredet. Auch der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat sich dazu bekannt: Offshore muss für die Wirtschaft möglich sein. Deswegen sagen wir auch: Die Bank wird an Offshore-Standorten nur noch auf Basis einer strengen Offshore-Richtlinie tätig werden. Offshore-Geschäfte werden nur unter strengen Compliance-Anforderungen möglich sein. In bestimmten Ländern gibt es künftig gar kein Geschäft mehr, das dort betrieben werden kann, beispielsweise in Panama. Es ist eine eigene No-go-Liste erstellt worden mit über 37 Ländern, in denen künftig kein Geschäft mehr stattfinden darf.

Ich halte das für einen vernünftigen Kompromiss. Eine BayernLB muss im Ausland tätig sein können, aber das, was in der Vergangenheit war, wollen wir nicht mehr. Wir wollen immer Bezüge zu Bayern und zu Deutschland haben. Eine Bank agiert nicht im luftleeren Raum, sie muss die Bodenhaftung, also einen Bezug zur bayerischen Wirtschaft behalten. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte auch sagen: Ein Verkauf der Beteiligung des Freistaates Bayern steht nicht zur Debatte. Wir brauchen diese starke Bank für die bayerische Wirtschaft. Ich sehe auch keinen Partner für Fusionen. Die BayernLB muss auf eigenen Füßen stehen können. Eines ist klar: Denkbare Käufer, die der Markt heute hergibt, kämen wahrscheinlich ohnehin nur aus dem arabischen oder chinesischen Raum. Ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Wir sind offen für jede Investition, aber für das wirtschaftliche Rückgrat eines Landes und für die ökonomischen Nervenstränge einer Wirtschaft ist die BayernLB in Verbindung mit den Sparkassen eine ganz wichtige Bank. Ich möchte keine arabische oder chinesische Bank, sondern ich möchte am Ende eine bayerische Landesbank behalten, und dafür sollten wir arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein letzter Ausblick auf die Zukunft der Bankenlandschaft: Die bayerische Wirtschaft braucht starke Banken, doch die Banken stehen vor großen Herausforderungen. Es reicht nicht, nur über die Landesbank zu reden. Die Niedrigzinsen treffen die Banken in Deutschland und Europa besonders. Banken sind heute ständig in einem schwierigen Geschäftsumfeld. Auf der einen Seite sagt man den Banken, sie müssten mehr Kapital zurücklegen, und macht immer mehr Auflagen, gleichzeitig ist aber das normale Geschäft wegen der Null- und Niedrigzinsen de facto kaum mehr möglich.

Es zeichnet sich ab, dass es eine emotionale Veränderung bei der EZB gibt. Es ist noch nichts entschieden, aber gewisse Aussagen werden getroffen. Wir bleiben dabei: Für Sparer ist es wichtig, dass endlich etwas von dem, was sie erarbeiten, übrig bleibt. Der Rat, die Deutschen sollten mehr spekulieren als sparen, passt nicht zu uns. Wir sind ein Volk der Sparer und nicht der Spekulierer. Auch die Banken brauchen endlich eine Umkehr. Wenn es sich nicht mehr lohnt, ein seriöses Bankgeschäft zu betreiben, dann treibt man auf Dauer die Banken auf Geschäftsfelder, die wir nicht mehr wollen. Darum ist für uns klar: Die Zinspolitik soll sich ändern. Wir müssen wieder eine vernünftige, moderate Zinsentwicklung haben. Nur so können Banken auf Dauer erfolgreich sein.

(Beifall bei der CSU)

Das Gleiche gilt für die Regulatorik. Die Regulatorik war eine Antwort auf die Finanzkrise. Aber Banken dürfen nicht weiter ungebremst mit Bürokratie-, Melde- und Berichtspflichten überschüttet werden. Diese Pflichten treffen übrigens sehr viele kleine Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die nichts mit den großen Finanzkrisen zu tun haben. Die leiden am stärksten unter diesen Auflagen. Deswegen braucht es einen Korridor der Arbeitsmöglichkeit neben dieser Bürokratie. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich glaube, es braucht Freiraum, damit die Banken am Ende wieder in der Lage sind, strategische Investitions- und Industriepolitik zu betreiben. Es kann nicht

sein, dass andere Banken in der Welt in der Lage sind, mit ihren Unternehmen die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen, und bei uns jedes Mal das Problem auftritt, Partner im Bankenbereich zu finden, um das Know-how im Land zu halten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen ausländische Investoren. Aber wir brauchen wieder die Möglichkeit, "Made in Germany" bzw. "Made in Bavaria" auch durch die Banken zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Abschluss möchte ich noch etwas zur Europäischen Einlagensicherung sagen. Diese betrifft alle. Die aktuellen Erfahrungen auf dem Bankenmarkt in Italien bestätigen, dass es nach wie vor überall Probleme gibt, die noch nicht gelöst sind. Ich bin ganz gespannt darauf, wie man mit den Entscheidungen in Italien umgehen wird. Ich bin gespannt darauf, wie die EZB mit eventuellen Beihilfeverfahren umgehen wird.

Ich sage Ihnen eines: Im Moment wird darüber gestritten, ob die europäische Einlagensicherung eins zu eins für alle gelten muss. Wir sind skeptisch. Wir glauben, dass der Markt noch nicht reif ist für eine komplette Einlagensicherung, bei der deutsche und bayerische Banken mit ihren Einlagen automatisch für andere haften. Nachdem wir es in Deutschland geschafft haben, den Länderfinanzausgleich abzuschaffen, möchte ich keine Quasi-Transferunion über den Umweg der Bankeinlagen deutscher Kunden in Europa. Dahin ist es noch ein weiter Weg. Bis zur kompletten Übernahme bzw. kompletten Haftung deutscher Sparguthaben für alle Banken in Europa ist es noch ein weiter Weg. Jetzt ist dafür noch nicht die richtige Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss möchte ich einen ausführlichen und ehrlich gemeinten Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernLB richten. Diese haben in den letzten Jahren Herausragendes geleistet. Dank gilt außerdem den Vorstandsvorsitzenden Herrn Häusler und seinem Nachfolger Dr. Riegler. Diese waren während meiner Zeit als Finanzminister tätig. Sie haben mit uns zusammen und auch im Ausschuss immer wie-

der gute Arbeit gemacht. Meinem Amtsvorgänger Georg Fahrenschon gilt ebenfalls Dank. Er hatte damals die Stabilisierung zu leisten. Auch allen Beamtinnen und Beamten gilt großer Dank. Das bayerische Finanzministerium gehört auf nationaler Ebene zu den stärkeren. Die Abteilungsleiter sind alle sehr selbstbewusst und motiviert. Als ich diese Aufgabe übernommen habe, konnte man am Gesichtsausdruck erkennen, wer für die Landesbank zuständig war. Ich denke nur an das, was in den letzten Jahren geleistet wurde. Es wurde hart gearbeitet. Es gab intensive Betreuung und viele gute Ideen. Ich möchte allen Beamtinnen und Beamten des Finanzministeriums und ganz besonders unserem Amtschef Herrn Lazik danken. Er ist auch im Aufsichtsrat tätig und übernimmt dort auch mit die Verantwortung. Ein herzliches "Vergelts Gott" für diese großartige Arbeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Trotz mancher Nickligkeiten und Streitigkeiten kann ich für meine Seite sagen, dass ich dem Parlament ganz besonders danke. Klar haben wir auch harte Debatten geführt und haben uns ausgetauscht. Ich befürchte oder weiß, dass das später auch so sein wird. Das ist auch in Ordnung so. Ich danke allen.

Zunächst danke ich der Landesbank-Kommission für die intensive Aufarbeitung und Begleitung vieler kniffliger und schwieriger Fragen. Die Landesbank-Kommission stand damals unter der Leitung von Ernst Weidenbusch. Ich danke dem Haushaltsausschuss, der sich regelmäßig damit beschäftigt. Der Haushaltsausschuss war zunächst unter dem Vorsitz von Georg Winter, jetzt ist Peter Winter der Vorsitzende. Die Arbeitsweise des Ausschusses über die ganzen Jahre hinweg ist von enorm hoher Kompetenz geprägt. Der Ausschuss hat sich mit einer der mit Abstand schwierigsten politischen Materien zu befassen. Die dem Parlamentarier gegenüberstehenden Partner, ob aus dem Banken- oder dem Wirtschaftsbereich, sind mit anderen finanziellen Ressourcen ausgestattet und kommen aus einer ganz anderen Geschäftswelt. Deswegen danke ich auch der Opposition ausdrücklich.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, ich würde gerne sagen, dass ihr euch vor allem in geheimen Sitzungen sehr vernünftig gezeigt habt, aber das darf ich leider nicht. Die Sitzungen sind ja schließlich geheim gewesen. Ich danke Ihnen aber trotzdem für die immer gute Zusammenarbeit und das professionelle Miteinander. Wissen Sie, was ich vor allem schätze? – Wenn es ernst wurde, war jedem klar, dass es sich hier nicht um die Landesbank einer bestimmten Partei oder Fraktion handelt. Es ist die Landesbank von Bayern, und alle Steuerzahler stehen dahinter. Mein Eindruck war, dass wir diesen Anspruch im Großen und Ganzen gemeinschaftlich erfüllt haben. Deswegen gilt der Opposition ein Dankeschön für die vielen guten Ratschläge und die gute Begleitung.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch gilt dem Ministerpräsidenten ein ehrlicher Dank. – Es herrscht immer der Eindruck, dass wir nicht einer Meinung wären. – Während all der schwierigen und wackligen Entscheidungen, während der Weggabelungen, die wir bei der Landesbank gehen mussten, habe ich in ihm nicht nur einen Partner im Parlament gefunden, sondern der Ministerpräsident hat auch immer Rückendeckung und Unterstützung gegeben. Er hat mit Souveränität und Wissen agiert und durch seine gute Verhandlungsführung mit Ungarn die Probleme gelöst. All dies war nur möglich, da unser Ministerpräsident ein Ministerpräsident ist, der hinter dieser Bank stand. Ich habe mit ihm in dieser Frage sehr, sehr gut zusammengearbeitet. Deswegen gilt ihm ein wirklich herzliches Dankeschön für diese ehrliche, konstruktive und sehr, sehr gute Zusammenarbeit. Ohne Sie wäre es nicht möglich gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, manch einer hat mich gefragt: Lohnt sich eine Regierungserklärung überhaupt, da ja schon alles gesagt ist? Ich finde, dass eine Angelegenheit, die das Parlament über einen derart langen Zeitraum und auch grundlegend beschäftigt, einen offiziellen Abschluss finden muss. Dies soll nicht nur vonseiten der Euro-

päischen Union erfolgen. Herr Güller, an einem Freitagnachmittag haben wir um 17:59 Uhr eine E-Mail von der Europäischen Union erhalten. Darin stand, dass das EU-Beihilfeverfahren jetzt beendet sei. Es war eine relativ schmucklose E-Mail. Wir haben uns über den Inhalt gefreut; besser so eine E-Mail als eine Urkunde, in der das Gegenteil drinsteht. Es ist aber wichtig, dass wir diese Sache im Hohen Haus offiziell beenden. Wir haben hier oft gestritten und besorgt miteinander gesprochen. Wir waren oft unsicher darüber, was die Zukunft bringen würde. Es war unklar, ob das Experiment einer solchen Beihilfebank erfolgreich sein würde. Ich möchte die Sache heute offiziell zum Abschluss bringen.

Damals wurden in der Landesbank schwerste Fehler begangen. Wir haben dieses schwierige Kapitel in der bayerischen Nachkriegs- und Bankengeschichte zu einem ordentlichen Ergebnis gebracht. Ich hoffe, dass wir nun ein neues und deutlich besseres Kapitel schreiben können. Es war die schwierigste Arbeit, die wir zu leisten hatten. Meine Damen und Herren, wir haben die Arbeit am Ende ordentlich gemacht. Wir können uns vor die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stellen und sagen: Diese Aufgabe ist erledigt! Neue Aufgaben warten. Aus den Erfahrungen, die wir gemacht haben, werden wir derartige Lehren ziehen, damit so etwas nicht mehr passieren wird! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Was hat sich die SPD-Fraktion heute von Ihrer Regierungserklärung erwartet? – Vorrangig natürlich eine konstruktive und seriöse Auseinandersetzung mit dem entstandenen Schaden für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns, für den Staatshaushalt und eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie dieser Schaden wiedergutmacht werden kann. Wir haben auch ausführliche Vorschläge zur zukünftigen Ausrichtung und

Aufstellung der Bayerischen Landesbank erwartet. Was haben wir geboten bekommen? – Leider genau das, was zu erwarten war. Wir haben eine im Ergebnis enttäuschende und auf drei Punkte zu reduzierende Regierungserklärung bekommen. Erstens. Die Regierungserklärung enthielt Jubel und Selbstbeweihräucherung. Es wurde die Aussage getroffen, dass alles gut sei und wir am Schlusspunkt angekommen seien.

(Tobias Reiß (CSU): Realitätsfern! – Manfred Ländner (CSU): So ein Quatsch!)

– Es ist immer hervorragend, wenn diejenigen dazwischenrufen, die mit der Landesbank noch gar nichts zu tun hatten. Herr Kollege Ländner, das finde ich hoch interessant. Beschäftigen Sie sich im Ausschuss einmal damit. Hören Sie mir mal zu, welcher Schaden entstanden ist. Danach können wir uns unterhalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Also: Erst zuhören, dann dazwischenquatschen oder eine Zwischenfrage stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

– Am Ende stehe ich gerne zur Verfügung, Herr Ländner.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Was haben wir noch bekommen? – Den verzweifelten Versuch, einen Schlusstrich zu ziehen, die Vergangenheit vergessen zu machen und davon abzulenken, welcher Schaden auch jetzt noch jeden Tag und jede Minute entsteht.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Minister Söder hat 31 Minuten gesprochen. Während dieser 31 Minuten haben die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 16.500 Euro an Zinsen für das Landesbankdebakel bezahlt.

(Unruhe bei der CSU)

16.500 Euro waren es während dieser 31 Minuten.

(Beifall bei der SPD)

Das sind 280 Millionen Euro in diesem Jahr. Das sind Gelder, die fallen weiterhin an. Ich erwarte, dass es einen Rückzahlungsplan gibt, damit dieser Schaden wiedergutmacht wird, und ich gehe davon aus, dass wir das auch nach Ende der heutigen Regierungserklärung wieder auf einer sachlichen Ebene tun können.

Drittens. Wir haben, etwas schmalbrüstig, ein paar Punkte darüber gehört, wie es mit der Landesbank weitergehen soll. Ich darf darauf eingehen, was wir erwartet hätten, und wie Ihre Ausführungen zu werten sind.

Ein Teilziel ist selbstverständlich erreicht worden. Dieses Teilziel war, mit der Bayerischen Landesbank aus dem EU-Beihilfeverfahren herauszukommen. Das ist positiv zu bewerten, und das redet auch niemand aus der Opposition schlecht.

(Tobias Reiß (CSU): Doch ständig!)

– Niemand redet das schlecht, allein schon im Interesse der Landesbank, die in der Öffentlichkeit auf ein gutes Image angewiesen ist, zur Gewinnung neuer Kunden, aber auch wegen des Vertrauens im Mittelstand generell. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass man das Thema ehrlich bewertet und nicht nur sagt: Ja, der Kauf der Hypo Alpe Adria war der größte Fehler in der Nachkriegsgeschichte Bayerns. – Auch wenn es einem nicht gefällt, es gehört dazu, diese Aussage mit Namen und Fakten zu unterfüttern. Es ist kaum zu glauben: Das Beihilfeverfahren ist beendet, und schon kehren Sie zur gleichen Selbstgefälligkeit und zur gleichen Selbstbeweihräucherung zurück.

(Karl Freller (CSU): So ein Quatsch! Er hat doch selbstkritisch gesprochen!)

Sie sagen, die Bank hat so viel zurückgezahlt wie keine andere Bank, die Krise ist überwunden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Landesbank wurden von 2008 bis 2016 1.200 Stellen abgebaut. Das sind Einzelschicksale, dahinter stehen doch

Väter, Mütter und Kinder. Diese Menschen sehen ihre Lebensgrundlage und ihre Lebensplanung in Gefahr. Ob die das auch so sehen? Ich wage das zu bezweifeln.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich wage auch zu bezweifeln, dass die Konzernmitarbeiter das so sehen. Deren Zahl ist seit 2008 von damals 20.285 auf 7.133 Ende letzten Jahres gesunken, also um sage und schreibe 13.000. Ob die das auch so locker sehen und meinen, die Krise ist beendet, es gibt nichts mehr zu sagen? – Ich wage es zu bezweifeln, Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich wage auch zu bezweifeln, ob die 85.000 Mieterinnen und Mieter in den 33.000 Wohnungen der GBW das so sehen, nachdem diese Mieterinnen und Mieter nun nicht mehr unter dem Schutz eines staatlichen Unternehmens stehen, sondern Finanzinvestoren zum Fraß vorgeworfen wurden. Kolleginnen und Kollegen, ich bezweifle das.

(Beifall bei der SPD)

Die Bank hat 5,5 Milliarden Euro zurückgezahlt, davon 3 Milliarden auf die damalige Einlage. Bis heute haben wir aber allein 2,55 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt. Wir haben nach wie vor noch über 5 Milliarden Euro zusätzlich von der Bank zurückzubekommen. Das sind zusammen 7,5 Milliarden Euro bzw. 7.500 Millionen Euro, die uns im Staatshaushalt schlicht und einfach fehlen, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben einen Kulturfonds, einen Arbeits- und Sozialfonds und einen Naturschutzfonds. Die sind seit 2008 nicht mehr mit Zinsen bedient worden.

(Zuruf von der CSU)

– Das ist die Wahrheit: Jedes Jahr zahlen wir seitdem 28 Millionen Euro aus dem Haushalt des Freistaats Bayern für die Fonds. Das ist Geld, das wir vorher von der

Landesbank bekommen haben. Auch das summiert sich, und zwar auf 250 Millionen Euro.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut! – Lebhafter Beifall bei der SPD)

Da ist es doch nur recht und billig, wenn wir Kompensation fordern. Wir fragen: Wie können wir gemeinsam einen Rückzahlungsplan für die BayernLB aufstellen? – Hier sind wir auch wieder beieinander, Herr Staatsminister. Wie können wir gemeinsam sicherstellen, dass der größte Fehler der Nachkriegsgeschichte, wie Sie das genannt haben – und ich sage hier: der CSU in Bayern –, wiedergutmacht wird? Wie können wir sicherstellen, dass zumindest 33.000 neue Wohnungen in öffentlicher Hand in Bayern vom Freistaat geschaffen werden?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die Vorschläge der SPD liegen auf dem Tisch. Wir fordern eine bayernweit agierende staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die in Absprache mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit den Kommunen überall in Bayern kostengünstigen Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellt. Die kann man dann mit dem Kapital aus dem Rückzahlungsplan, den ich gefordert habe, diesen 7,5 Milliarden Euro, bedienen, Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Söder, Sie haben die Gnade, erst relativ spät in dieser Krise Finanzminister geworden zu sein. An einer Stelle kann ich Ihnen einen Vorwurf aber nicht ersparen: Der Verkauf der GBW-Wohnungen war von der Europäischen Union so nicht gefordert.

(Unruhe bei der CSU)

Die Europäische Union hätte es auch akzeptiert, wenn die GBW-Wohnungen vom Freistaat Bayern oder von einem Konsortium aus kommunalen Wohnungsbauunternehmen übernommen worden wäre.

(Bernhard Roos (SPD): Bravo! – Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die Kommunalen müssen selber wissen, wie sie das organisieren. Die GBW-Wohnungen hätten aber vom Freistaat Bayern übernommen werden dürfen: Dazu gab es ganz klare Aussagen in Pressekonferenzen in Brüssel. Sie kennen diese Sätze. Den Link darauf können Sie von uns gerne nach dieser Rede noch bekommen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Auch das gehört zur Wahrheit: Was hätten wir allein mit den Zinsen alles machen können? – Allein von den Zinsen hätten wir 2.100 Lehrerinnen und Lehrer und zusätzlich 2.100 Polizistinnen und Polizisten für die öffentliche Sicherheit in Bayern für zehn Jahre finanzieren können. Das ist der Schaden, der uns entstanden ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Für diejenigen, die häufiger im Straßenverkehr unterwegs sind, nenne ich die folgenden Zahlen: Man hätte alle 14.000 Kilometer Staatsstraße in Bayern in diesen zehn Jahren sanieren können, und dann hätten wir sogar noch 300 Millionen Euro übrig gehabt für das Thema der Sanierung der maroden Brücken an den Staatsstraßen. Das ist der Schaden, über den wir hier reden, liebe Kolleginnen und Kollegen, und den wir wiedergutmachen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Eine gute Zukunft für die BayernLB als stocksolider Bank – ja, da finden Sie uns an Ihrer Seite. Ein kurzer Blick in das Gesetz genügt: Die BayernLB hat einen öffentlichen Auftrag: Sie ist Staatsbank, sie ist Hausbank des Freistaats, und sie ist dazu da, die regionale und sektorale Strukturpolitik des Freistaats Bayern zu unterstützen, auch nach politischen Vorgaben. Das ist in Vergessenheit geraten. Die Nasers und Schmidts in der Vergangenheit der Landesbank haben sich öffentlich nicht nur im Untersuchungsausschuss in den Jahren 2010 und 2011 darüber lustig gemacht: Wir drehen

das große Rad. Wir sind die Besten der Besten. Sie wurden unterstützt und angetrieben von einer gnadenlos ehrgeizigen Politik des damaligen Ministerpräsidenten Stoiber. Immer wieder wird der Satz kolportiert, mit dem alle Beteiligten rundgemacht werden sollten: Ihr seid doch zu blöd, eine Bank zu kaufen. – Daraufhin wurde übereilt und ohne Prüfungen die HGAA gekauft. Kolleginnen und Kollegen, so etwas darf sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Wie können wir verhindern, dass sich das wiederholt? – Herr Kollege Söder spricht jetzt öfter von der Parlamentsbank. Ich verweise auf das Interview in der "Augsburger Allgemeinen" vom 14. Juli.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Heute auch! Haben Sie zugehört?)

– Ich habe sehr genau zugehört. Heute haben Sie nicht von einer Parlamentsbank, sondern von einer verstärkten Verantwortung des Parlaments gesprochen. Der Weg, den Sie mehrheitlich im Jahr 2013 gegangen sind, war allerdings ein anderer. Das war die Entpolitisierung der Bank, die Flucht der Minister und Staatssekretäre dieser Regierung aus der Verantwortung. Sie haben gesagt: Mit dem neuen Aufsichtsrat will ich nichts zu tun haben. – Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zeigen klar, dass die Becksteins dieser Regierung, die Staatssekretäre und Minister, die Hubers dieser Regierung, ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden sind. Statt diese Verantwortung in Zukunft wahrzunehmen, haben Sie gesagt: Wir schreiben in das Gesetz hinein, dass wir nicht mehr im Aufsichtsrat sitzen. Im Gesetz ist jedoch vorgesehen, dass die Bank die Strukturpolitik des Freistaats Bayern unterstützen soll. Wie soll sie die Strukturpolitik des Freistaats Bayern denn unterstützen, wenn an der entscheidenden Stelle die gewählten Minister und Staatssekretäre nicht mehr anwesend sind? Das war ein kapitaler Fehler, und das bleibt ein kapitaler Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, richtig ist aber auch: Es wird nicht automatisch besser, wenn eine erhöhte politische Verantwortung für die Bank übernommen wird, in welcher Form auch immer. Wir sind offen. An dieser Stelle geht es nicht um Posten, sondern um Einbeziehung in Entscheidungsabläufe. Diese Verantwortung muss jedoch von allen wahrgenommen werden. Man sollte aus der Krise lernen. Damals im Verwaltungsrat hat ein Mitarbeiter seinem Minister gesagt: Ja, da kannst du zustimmen. Der Nachbar in der Sitzung hat ihn angestupst und gefragt, was auf seinem Blatt steht. Der Minister sagte: Bei mir steht Zustimmung. Schließlich hat der Nachbar gesagt: Ach, das ist toll; dann stimme ich auch zu. – Das lief so durch die ganze Bank, sofern die Kolleginnen und Kollegen der Staatsregierung überhaupt anwesend waren. Einige waren nur auf dem Papier anwesend. Ich erinnere mich daran, dass Herr Innenminister Herrmann sehr interessante Anwesenheitsquoten hingelegt hat. Vielleicht hat er damals genauso qualifiziert gehandelt, wie er sich derzeit um das Versagen in der Obersten Baubehörde kümmert. Jedenfalls wird es nicht ohne die Wahrnehmung dieser Verantwortung gehen.

An dieser Stelle stimme ich Ihnen ausdrücklich zu: Weder das Parlament noch die Staatsregierung hatten einen Bankenapparat hinter sich. Deshalb werden wir externen Sachverstand, nicht zur Entscheidung, aber zur Beratung, hinzuziehen müssen. Gelder dürfen nicht eingesteckt werden, sondern müssen für Beratung ausgegeben werden. Die Gelder werden dafür eingesetzt, um Kontrollfunktionen wahrzunehmen und Leitentscheidungen zu treffen. Kolleginnen und Kollegen, das ist unser Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist nicht der Zeitpunkt für einen Schlusstrich. Heute ist nicht die Zeit, um unbeschwert – so nennen Sie es – in die Zukunft zu blicken. Heute ist eine Zwischenbilanz zu ziehen. Wir stellen fest, dass noch 7.500 Millionen Euro – Tendenz stündlich steigend – an die Bürgerinnen und Bürger Bayerns über den Staatshaushalt zurückzuzahlen sind. Es ist an der Zeit, sich auf einen langen Weg zu machen – das geht nicht in Wochen oder Monaten –, um diesen Schaden wieder-

gutzumachen. Heute wäre klarzustellen, wann die Fonds des Freistaats Bayern wieder mit Gewinnen der Landesbank bedient werden. Heute wäre klarzumachen, wie es mit der Geschäftspolitik im Ausland weitergeht.

Sie haben ein paar Punkte genannt, denen ich ausdrücklich zustimme. Selbstverständlich müssen einige Länder, wie Panama, von der Geschäftstätigkeit ausgeschlossen werden. Kolleginnen und Kollegen, das wird jedoch nicht ausreichen. Wir werden noch weitere Sicherungsmechanismen in die Arbeit der Bank einbauen müssen, damit Fälle wie Panama Papers und LBLux nicht mehr vorkommen. Dort sind wir gerade noch mit einem blauen Auge davongekommen. "Blaues Auge" bedeutet in diesem Bereich, dass rund 20 bis 25 Millionen Euro fehlen. Wir sind gerade noch so weggekommen.

Hinsichtlich der Geschäftspolitik der MKB hätte Ministerpräsident Seehofer eine andere Aufgabe gehabt, als Herrn Orbán mit höchsten Ehren zu empfangen. Wenn Sie, die CSU-Fraktion, Herrn Orbán schon auf eine Klausur einladen, hätten Sie mit ihm zumindest Tacheles reden sollen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das überlassen Sie bitte uns!)

Sie hätten ihm sagen müssen, dass die Einschränkung der Geschäftstätigkeit der MKB durch Ungarn rechtswidrig und im deutschen Sinne verfassungswidrig ist. Dies war nach ungarischem Verständnis wohl anders. Damit wurden uns zusätzliche Milliardenverluste beschert. Sie sollten sich nicht gegenseitig auf die Schulter klopfen und Diktatoren in Europa eine Bühne bieten. Stattdessen sollten Sie ihnen klar sagen, was wir von ihnen erwarten. Die MKB-Bank auf diese Art und Weise kaputtzumachen und uns zusätzliche Verluste zu beschern, war nicht der richtige Weg

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich vom Thema Investmentbank verabschieden, ist das richtig, ist es aber richtig, sich einen Partner wie Berenberg zu suchen und zu sagen: Ich habe nichts

mehr damit zu tun; das habe ich ausgelagert; das ist jetzt eine Privatbank? – Schauen Sie sich die Zeitungsberichte der letzten Jahre über diese Bank an. Ich weiß nicht, ob das eine kluge Entscheidung ist.

Zu einem Ausblick in die Zukunft hätte auch gehört, sich mit dem Thema Private Banking und DKB-Bank auseinanderzusetzen. Bei diesem Punkt bin ich zugegebenermaßen selber im Zwiespalt. Auf der einen Seite ist das unser Gewinnbringer Nummer eins, auf der anderen Seite ist das Privatbankgeschäft nicht die vom Landesbank-Gesetz zugeschriebene Aufgabe. Wie wir aus diesem Spagat herauskommen, müssen wir in den nächsten Jahren miteinander besprechen.

Herr Minister, zu einem Punkt haben Sie gar nichts gesagt. Das betrifft das Thema Sparkassen. Ich glaube, an dieser Stelle spreche ich vielen Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, welcher Fraktion auch immer, aus dem Herzen. Die Spitze des Sparkassenverbandes tut so, als hätte sie mit dieser Krise gar nichts zu tun. Das ist fast unerträglich. In Stadträten und Kreistagen vor Ort prahlen sie mit hohem Einkommen, einem mindestens genauso großen Selbstbewusstsein – wenn ich das höflich sagen darf – und wissen alles besser. Die Sparkassen waren damals mit 50 % dabei und haben sich dann einen schlanken Fuß gemacht. Heute besitzen sie wieder 25 % der Landesbank. Sie tun so, als hätten sie mit der ganzen Angelegenheit und mit dem entstandenen Schaden, den wir im Haushalt haben, gar nichts zu tun. Von den Sparkassen würde ich etwas mehr Demut erwarten. Sie sollten einen größeren Beitrag zur Schadensbehebung leisten und nicht nur große Sprüche gegenüber Kommunalpolitikern und Landtagsabgeordneten sowie dem einen oder anderen Minister klopfen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein paar Punkte aufgezeigt, die für die SPD wichtig sind. Das schließt ein, dass die Landesbank eine staatliche Bank bleiben muss, und zwar nicht nur wegen der Frage, wer sie denn kaufen würde und wohin dann die ganzen Geschäftsunterlagen und Geschäftsinformationen gelangen, sondern auch

deswegen, weil sie als Hausbank, als Finanzierungsinstrument des Mittelstandes, als Instrument regionaler und sektoraler Strukturpolitik und als Partner des Sparkassenwesens eine Bedeutung hat, die uns wichtig ist. Die Landesbank ist jetzt wieder ein Gestaltungselement, nachdem wir mit der Erreichung des Zwischenziels etwas mehr Beinfreiheit bekommen haben. Lassen Sie uns diese Beinfreiheit nutzen, und zwar nicht nur zur Veränderung von Gehaltsstrukturen im Vorstand, sondern hauptsächlich dazu, Schaden der Bürgerinnen und Bürger Bayerns wiedergutzumachen und der mittelständischen Wirtschaft Kredite und Beteiligungen zur Verfügung zu stellen. Das ist unser Weg für die Landesbank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich habe selten eine so ungerechte und rückwärts gewandte Rede gehört wie gerade.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Lieber Herr Güller, das, was Sie gesagt haben, bringt niemanden weiter. Dass vor neun Jahren und auch davor Fehler gemacht worden sind, hat niemand geleugnet. Auch der Minister hat es in seiner heutigen Rede gesagt. Wenn Sie aber glauben, Sie könnten mit dem Blick zehn Jahre zurück die Probleme der Zukunft lösen, dann erreichen Sie genau das Gegenteil: Sie erkennen nicht an, was gemacht worden ist, damit die Probleme der Zukunft gelöst werden können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wenn schon Bilanz, dann ganz!)

Lieber Herr Güller, Sie haben fast ausschließlich Vergangenheitsbewältigung betrieben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Finanzminister doch auch!)

Sie haben nur auf das eingeschlagen, was damals war.

(Margit Wild (SPD): Das wollen Sie nicht mehr hören!)

Sie haben dabei aber völlig verkannt, dass das, was unser Finanzminister, unser Ministerpräsident und die neue Führung der Landesbank in den letzten Jahren geschafft haben, eine Superleistung ist.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben sich offenkundig nicht darüber informiert, dass wir in diesem Jahr das beste Geschäftsergebnis aller Landesbanken haben. Schauen Sie sich doch in den Ländern um, wo Ihre Partei an der Regierung ist. Dort schneiden die Landesbanken viel schlechter ab.

(Widerspruch bei der SPD – Margit Wild (SPD): Es geht um die Landesbank hier!
– Glocke der Präsidentin)

Wir haben in den letzten Jahren Ergebnisse erzielt, auf die wir stolz sein können. Wir haben eine Eigenkapitalquote von 13 % zurückgeholt.

(Susann Biedefeld (SPD): Noch 7,5 Milliarden Euro Schulden!)

Das ist eine Steigerung um 40 %, und das bei den Rückzahlungen, die geleistet wurden. Bitte schauen Sie auf die Gegenwart und hören Sie auf, ausschließlich Fehler in der Vergangenheit zu kritisieren, die wir alle festgestellt haben.

(Margit Wild (SPD): Das hätten Sie wohl gerne!)

Die Zukunft zählt!

(Beifall bei der CSU)

Herr Güller, mit Ihrer Argumentation sind Sie ein Mann der Vergangenheit und kein Mann der Zukunft. Dieses Land braucht Zukunft, und diese Bank hat Zukunft. Diese Zukunft müssen wir sichern. Das ist unsere Auffassung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte doch um etwas Zurückhaltung.

Karl Freller (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen völlig recht, dass die Situation im Jahr 2008, als Ministerpräsident Seehofer antrat, äußerst schwierig war.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Folgen davon dürfen wir doch beschreiben!)

Ein Sprichwort heißt: Wenn dir Steine in den Weg gelegt werden, dann baue eine Treppe daraus. Es wurde zugegebenermaßen ein Steinhaufen vorgefunden.

(Margit Wild (SPD): Ein Trümmerhaufen!)

Es war eine Meisterleistung des Regierungschefs, des Finanzministers und der Führung der Bayerischen Landesbank, daraus das zu machen, was wir heute gehört haben: Die Bank ist wieder auf Gewinnkurs; wir können wieder auf sie setzen; sie hat Schulden zurückgezahlt und tut es weiterhin, und gewährleistet Bayern einen sicheren Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Erinnern Sie sich bitte auch daran, was damals war. Bei aller Kritik und Selbstkritik bitte ich Sie, sich einmal die Zeit um 2007 vor Augen zu führen. Wie viele Banken sind damals total den Bach hinuntergegangen? Weltweit gab es damals einen Einbruch. Haben Sie das völlig vergessen? Vor exakt zehn Jahren, im Juli 2007, begann die US-Hypothekenbankkrise, die der Ausgangspunkt der Finanzkrise war und durch die Zinspolitik der US-Notenbank ausgelöst wurde. Wegen der damals laxen Regelungen für

die Kreditvergabe in den USA hatte sich eine große Blase gebildet. US-Banken hatten großzügig Kredite an Schuldner mit schlechter Bonität vergeben und diese Kredite verbrieft. Beschönigend wurden sie Subprime-Wertpapiere genannt. Der Minister hat sie zu Recht als hoch toxisch und risikobehaftet bezeichnet. Von den Ratingagenturen wurden diese Papiere aber bestens eingestuft.

International hatten viele Banken, darunter auch deutsche Banken, solche Papiere angekauft und selbst wieder verbrieft. Im Juli 2007 setzten die großen Ratingagenturen die Bonitätsnoten für Anleihen mit amerikanischen Hypothekenkrediten herab, was eine Verkaufswelle zur Folge hatte. Damals kam es zur Vertrauenskrise unter den Banken. Weltweit zögerten sie, sich untereinander am Geldmarkt Kredite zu gewähren. Viele Banken gerieten in Schwierigkeiten. In Deutschland übernahm beispielsweise die Landesbank Baden-Württemberg die angeschlagene Sachsen LB.

Ab Herbst 2007 gab es hohe Kreditausfälle am US-Immobilienmarkt. Banken mussten weltweit hohe Abschreibungen vermelden, und im weiteren Verlauf der Krise wurden sowohl bei ausländischen als auch bei deutschen Banken immer höhere Abschreibungen in Milliardenhöhe fällig. Diese Entwicklung führte zum einschneidenden 15. September 2008. Ich möchte Sie nur daran erinnern, weil das alles damit zusammenhängt. Die US-Bank Lehman Brothers musste Insolvenz anmelden. Diese Pleite erschütterte die Finanzwelt, und Lehman traf auch deutsche Banken. Um einen Zusammenbruch der Finanzmärkte mit unabsehbaren Folgen für Banken, Wirtschaft und Bürger zu vermeiden, brachten nahezu alle betroffenen Staaten Rettungspakete auf den Weg. In Deutschland wurde der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung mit einem Handlungsrahmen von 480 Milliarden Euro gebildet. Bundeskanzlerin Merkel sagte in einer beispiellosen Aktion den Sparerinnen und Sparern die Sicherheit ihrer Einlagen zu.

Alle diese Entwicklungen trafen auch die BayernLB ganz massiv. Dabei war sie durchaus nicht ohne eigene Schuld. Das haben wir auch in jüngster Zeit immer wieder gesagt. Ende 2008 meldete die BayernLB Verluste von 5 Milliarden Euro. Durch den

Freistaat erfolgte daraufhin eine Kapitalzufuhr in Höhe von 10 Milliarden Euro. Zudem übernahm der Freistaat eine Garantie für das Wertpapierportfolio der BayernLB in Höhe von 4,8 Milliarden Euro.

Die Stabilisierungsmaßnahmen für die BayernLB im Jahr 2008 hatten zwar enorme Ausmaße, sie waren dennoch alternativlos. Eine Insolvenz der BayernLB hätte gravierende Konsequenzen für den Freistaat, für die bayerischen Sparkassen und damit auch für die bayerischen Steuerzahler gehabt. Freistaat und Sparkassenverband, jeweils zu 50 % Träger der Landesbank, mussten im Rahmen der sogenannten Gewährträgerhaftung noch mehrere Jahre gemeinsam für die Altverbindlichkeiten der BayernLB eintreten. 2008 war das Risiko aus der Gewährträgerhaftung mit über 100 Milliarden Euro eine gigantische Summe. Das hätte vor allem auch die bayerischen Sparkassen, ihre Träger, ihre Kunden und die mittelständische Wirtschaft nachhaltig geschädigt. Deswegen wurde 2008 und 2009 die Stabilisierung der BayernLB einseitig vom Freistaat übernommen. Landtag und Staatsregierung waren sich damals einig, dass eine Überforderung der bayerischen Sparkassen unbedingt verhindert werden musste. Ministerpräsident Seehofer hat es in der Plenarsitzung am 3. Dezember 2008 wie folgt begründet:

Es war eine Leitentscheidung der Bayerischen Staatsregierung, obwohl die Kommunen und Sparkassen zur Hälfte Eigentümer der Bayerischen Landesbank sind, sie finanziell nicht an dieser Rettungsaktion zu beteiligen, weil dies die Sparkassen als Rückgrat unserer lokalen und regionalen Wirtschaft selbst in Schwierigkeiten gebracht hätte.

Herr Güller, das, was Sie gerade gesagt haben, diese neiddurchdrungene Argumentation gegenüber den Sparkassen und ihren Vorständen, hilft uns überhaupt nicht weiter. Damals war Hilfe notwendig, weil die Sparer und die mittelständische Wirtschaft in Gefahr geraten sind. Wenn Sie wegen der Hilfe für die Sparkassen an einer Partei Kritik üben wollen, muss ich darauf hinweisen, dass eine Fülle von Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkassen in ganz Bayern SPD-Landräte sind, die sehr dankbar waren

und ebenfalls gefordert haben, dass es so geschah. Ich kann mich heute noch an solche Briefe erinnern. Vielleicht stört man dadurch, dass man sich erinnert, wenn man schon 60 Jahre alt ist. Aber ich sage Ihnen eines: Wir haben eine Fülle von Briefen bekommen – Hans, du weißt es auch noch –

(Hans Herold (CSU): Ja!)

von Sparkassenvorsitzenden bzw. von entsprechenden Aufsichtsgremien, in denen wir dringend gebeten wurden, doch hier zu helfen und die Sparkassen nicht im Stich zu lassen. Ich bin sicher, dass diese Briefe, auch mit Unterschriften von vielen SPD-Lokalpolitikern, noch da sind. Heute tun Sie so, als ob das ein Fehler gewesen wäre, den Sparkassen zu helfen. Ich hoffe, die Sparkassen vergessen es nicht, dass wir ihnen geholfen haben. Damals mussten wir ihnen helfen; sonst wäre nämlich der kleine Mann auf der Straße mit seinem Sparguthaben am meisten betroffen gewesen und die mittelständische Wirtschaft, von der wir in Bayern leben, wäre auf das Allerschlimmste betroffen gewesen, wenn die Sparkassen in Not geraten wären. Das muss man sich doch mal vor Augen führen.

(Beifall bei der CSU)

Man kann doch nicht einfach im Nachhinein herumargumentieren, dass das ein Fehler gewesen sei.

Ich erspare mir die Punkte, die der Minister schon angeführt hat, was sich noch alles an Rettungsaktionen ergeben hat, und komme zur Gegenwart. Wir haben im Moment wieder eine Situation, die ausgesprochen positiv ist. Ich sehe für die Landesbank wirklich eine Chance für die Zukunft. Das ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir in dieser Situation sind. Ich betone noch einmal: Es waren etliche beteiligt – ich werde sie noch nennen –, die dazu beigetragen haben, dass sich alles nicht nur stabilisiert, sondern auch nach vorne bewegt. Man muss klar sagen: Wenn eine Bank wieder auf Zukunftskurs steuert, ist das die allerbeste Chance dafür, dass auch die restlichen Kredite zurückgezahlt werden und dass auch, was Sie vielleicht bedauert haben, Fonds

und Ähnliches mehr wieder ins Laufen kommen. Allerdings muss man eines sehen: Wir erleben im Moment fast in der ganzen Welt eine Nullzinspolitik. Deshalb werden Sie nur bedingt aus Fonds schöpfen können, weil ich weiß, wie allein Stiftungen zurzeit überall jammern, dass sie kaum mehr Erträge haben und fast nichts mehr finanzieren können. In dieser Diskussion können Sie nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Ich bitte, auch das zu sehen, wenn man das Ganze beurteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich herzlich bedanken. Ich möchte mich bedanken – das ist überhaupt keine Frage – beim Ministerpräsidenten, der die wichtigen Leitentscheidungen getroffen hat. Ich möchte mich aber ausdrücklich auch bei unserem Finanzminister bedanken. Herr Güller, auch darin liegt die Ungerechtigkeit Ihrer Rede: Peter Winter hat es im Haushaltsausschuss – ich bin jetzt vier Jahre Mitglied dieses Haushaltsausschusses unter einem ausgezeichneten Vorsitzenden – so oft geschafft, immer wieder in bester Kooperation den Finanzminister zu holen und sich in zig Sitzungen ständig und laufend über die Landesbank informieren zu lassen. Es gab noch nie eine so gute Kooperation zwischen einem Haushaltsausschuss und einem Finanzminister, wie es jetzt der Fall ist. Wir wurden fast monatlich oder zweimonatlich unterrichtet, was in der Landesbank geschieht. Da kann man doch jetzt nicht auf einmal einen solchen Zirkus abziehen, wenn man den Minister alle ein oder zwei Monate hätte ansprechen können.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte an dieser Stelle noch jemandem danken. Lieber Ernst Weidenbusch, ich sage das an deinem Geburtstag. Ich glaube, im Parlament an seinem Geburtstag gelobt zu werden, ist die größte Freude, die man haben kann. Es ist ein ehrliches Lob, weil er damals nicht nur die Landesbank-Kommission kompetent geführt hat, sondern vor allem auch in Österreich sehr geschickt verhandelt hat. Das Geld, das wir dank dir eingespart haben, können wir in Zukunft gern woanders ausgeben. Noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es tut uns allen gut, wieder mit Stolz und Zuversicht über unsere Landesbank sprechen zu können. Sie ist eine regional stark verwurzelte Hausbank für die bayerische und deutsche Wirtschaft mit einem bodenständigen Geschäftsgebaren. Ich möchte auch dem Herrn Riegler herzlich danken, dass das so gut funktioniert und dass das ausschließlich an die Realwirtschaft gekoppelt ist, in deren Mittelpunkt der Kunde steht. Die exzellenten Geschäftszahlen und das beste Ergebnis aller Landesbanken – drei Ausrufezeichen, ich wiederhole es – bestätigen den Weg. Das überstandene EU-Beihilfeverfahren öffnet darüber hinaus die Tür für neues Engagement, diesmal mit beständiger Transparenz dem Landtag gegenüber – darauf legen wir Wert, Herr Güller, darin sind Sie sicher mit uns einig –, mit gewissenhafter Risikoabschätzung – auch das ist überhaupt keine Frage nach den Erfahrungen der Vergangenheit – und mit dem absoluten Willen, dass die neue Treppe nie mehr zum Steinhaufen werden darf, sondern ihre Stufen stets nach oben führen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Freller. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Lieber Kollege Freller, zuerst stelle ich nur mal fest: Wenn hier jemand – das ist Ihr Wort – einen Zirkus aufführt, der weggeht von der guten Zusammenarbeit, die ich in meinem Redebeitrag ausdrücklich bestätigt habe – dies richtet sich sowohl an Kollegen Winter als auch an Kollegen Weidenbusch –, und versucht, von der Realität und davon abzulenken, wie die Schuldenstände und wie die Zukunft ausschauen, dann sind das Sie und niemand anders hier in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem habe ich zwei Fragen an Sie. Erstens. Sie haben von einer neiddurchdrungenen Argumentation gegen die Sparkassen gesprochen. So ein Quatsch!

(Karl Freller (CSU): Haben Sie nicht vorher von den Gehältern gesprochen?)

Ich war der Einzige, der hier bisher das Thema Sparkassen angesprochen hat. Nachdem Sie gerade den Satz "Ich hoffe, die Sparkassen vergessen es nicht" gesagt haben, stelle ich als Erstes fest: Wir vergessen es bloß dann nicht, wenn man es hier im Parlament anspricht. Das war die SPD. Daher habe ich folgende Frage an Sie: Wie wollen Sie konkret sicherstellen, dass die Sparkassen es nicht vergessen und dass die Sparkassen ihren Beitrag leisten?

Zweite Frage: Ich habe es akustisch nicht ganz richtig gehört. Sie haben gesagt, eine Bank, die ihre Schulden zurück... Jetzt ist die Frage, haben Sie gesagt "-zahlt" oder "-zahlte"? Wenn Sie "-zahlte" sagen, dann sind wir hier schon mal auseinander; denn dann haben Sie gar nichts verstanden.

(Karl Freller (CSU): "-zahlt" habe ich gesagt!)

– -zahlt?

(Karl Freller (CSU): Ja!)

– Dann geben Sie mir doch bitte, nachdem es der Herr Minister nicht gemacht hat, eine Idee, wie Ihr Rückzahlungsplan zum Beispiel für die 2,55 Milliarden Euro Zinsen im Moment aussieht. Das wäre Gegenstand der heutigen Regierungserklärung gewesen, nicht das, was Sie Zirkus nennen.

(Beifall bei der SPD)

Karl Freller (CSU): Herr Güller, ich will das gar nicht vertiefen. Sie haben selber plötzlich von den hohen Gehältern der Sparkassenvorstände gesprochen. Das passt hier überhaupt nicht rein. Darüber kann man an anderer Stelle diskutieren. Das soll vor Ort entschieden werden. Diese Diskussion ist nicht unser Bier. Ich sage, es geht generell

um die Wichtigkeit und Bedeutung unserer Sparkassen und auch unserer Genossenschaftsbanken und Privatbanken. Alle drei wirken zusammen. Es wäre fatal, wenn die Sparkassen vor neun oder zehn Jahren derart Schaden genommen hätten, dass sie plötzlich ihre Kunden in Gefahr gebracht hätten. Darum ging es. Ich habe den Minister jetzt so oft bei Veranstaltungen mit Banken erlebt. Er spricht auch mit den Sparkassen ein klares Wort. Das ist auch sinnvoll und richtig. Aber die ganze Familie der Banken in diesem Land muss zusammenhalten. Immer ist der Kunde zu sehen, die Verbraucher sind zu sehen, die mittelständischen Firmen sind zu sehen, und die Wirtschaft ist zu sehen. Man muss bei uns ein Bankensystem haben, auf das man sich verlassen kann und das solide ist. Ich habe langsam den Eindruck, dass es der Landesbank gerade gelungen ist, mit großem Vertrauen zu den einzelnen Banken wieder zur Stimme der Bankenlandschaft zu werden. Das ist doch etwas Erfreuliches, Herr Güller! Das möchte ich an dieser Stelle zu Ihrer Frage schon mal erwähnen.

(Harald Güller (SPD): Wo ist die Antwort zu dem Konzept?)

– Entschuldigung, ich bin nicht der Bankfachmann, der Ihnen aufschlüsseln kann, wie das im Detail abgezahlt wird. Aber eines ist mir klar: Ich muss erst mal wieder verdienen und wieder gesund sein, bis ich das erledigen kann, was meine Pflicht ist, nämlich Schulden abzubauen, die ich noch habe. Dieses Nach-vorne-Schauen ist das Entscheidende. Ich habe Sie kritisiert, weil Sie im Gestern verhaftet waren. Ich möchte, dass diese Bank wieder das Ansehen früherer Zeiten hat, das Vertrauen hat und die Kunden hat. Wenn das Ganze wie jetzt mit diesen positiven Gewinnzahlen aufwärtsgeht, lassen sich auch Schulden abzahlen. Das ist wie in jedem privaten Haushalt und bei jedem Handwerker. Wenn er wieder Aufträge hat, wenn die Leute wieder zu ihm kommen, wenn er wieder verdient, dann kann er seine Altlasten beseitigen. Das werden wir auch machen. Da dürfen Sie sicher sein.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter, geschätzter Kollege Karl Freller, ich habe mich die ganze Zeit gefragt, warum Sie zu diesem Thema reden, haben Sie doch in Ihrer letzten Bemerkung freimütig bekannt, kein Bankfachmann zu sein. Ich kann es mir nur so erklären: Sie sind für die Erinnerungskultur zuständig,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

und deswegen haben Sie zu diesem Thema zu sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber, sehr geehrter Herr Kollege, es ist schon bedenklich, wie weit selbst in der mittelfränkischen CSU die Meinungen offenbar auseinandergehen: Sie haben die Vergangenheit bemäntelt, haben sie als schicksalhaft dargestellt, haben das, was damals passiert ist, gerechtfertigt, wohingegen der Finanzminister völlig zu Recht vom größten Fehler der Nachkriegsgeschichte gesprochen hat. Lieber Kollege Freller, ich kann es auch nicht so stehen lassen, dass Sie den Finanzminister in seinen Ausführungen als ungerecht und rückwärtsgewandt bezeichnen.

(Karl Freller (CSU): Wie bitte? Doch nicht den Finanzminister, sondern MdL Gülller; da verwechseln Sie etwas!)

Natürlich musste er rückwärtsgewandt reden; es ging schließlich um die Vergangenheit. Deswegen waren die Ausführungen hier absolut angemessen. Ungerecht – das ist Ihre Wertung. Das Einzige, was ich Ihnen sagen möchte, Herr Söder: Es war etwas übermütig, davon zu sprechen, der Länderfinanzausgleich sei abgeschafft. Ich glaube, bis das verwirklicht ist, wird es noch einige Jahrzehnte dauern.

Aber jetzt gehen wir mal zurück in die Vergangenheit, und da hat der Kollege Güller völlig recht: Das kann man nicht einfach pauschal mit dem Satz abtun: "Da sind Fehler gemacht worden." Wir müssen uns daran erinnern, wie es im Herbst 2008 war: Wir kamen frisch in dieses Parlament und waren sofort mit einer der größten Herausforderungen des Freistaats Bayern der Nachkriegsgeschichte konfrontiert. – Da passt es, dass Erwin Huber gerade den Saal betritt; ihn hat das schließlich auch maßgeblich und tatsächlich betroffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Am 3. Dezember 2008 mussten wir zehn Milliarden Euro Soforthilfe des Freistaats Bayern zur Verfügung stellen, um einen Exodus, um eine mögliche Insolvenz der BayernLB zu verhindern. Was hätte eine Insolvenz dieser Bank bedeutet? – Sie hätte bedeutet, dass annähernd 100 Milliarden Euro im Feuer stehen – und zwar zur einen Hälfte für die bayerischen Sparkassen und damit die Kommunen; die andere Hälfte betraf und betrifft den Freistaat Bayern. Wer weiß, was das für Summen sind, weiß auch, dass dann der Staatshaushalt nachhaltig und langfristig in Schieflage geraten wäre.

Wir können natürlich – ich nehme das Ergebnis vorweg – durchatmen. Der Patient, der monatelang – ich möchte nicht sagen: jahrelang – auf der Intensivstation lag, und zwar in lebensbedrohlichem Zustand, hat das Krankenhaus verlassen. Aber ich sage, um im Bild zu bleiben: Er muss nach wie vor Tabletten nehmen, und 7,5 Milliarden Euro stehen auch noch im Feuer und sind an den Freistaat Bayern zurückzuzahlen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie kam es denn dazu? – Vor 2008 wurden fatale Fehler gemacht. Ich beginne damit, dass man einen Leo Kirch finanziert hat – vielleicht aus naheliegenden Erwägungen. Andere Banken haben die Finger davon gelassen. Ein Jahr später war Kirch pleite. Plötzlich war die BayernLB, eine Staatsbank, zu 100 % Eigentümer der Formel 1. Es

ist ein "Kerngeschäft" des Freistaats Bayern, die Formel 1 zu betreiben. Wir haben sie dann wieder losgebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben uns in unkalkulierbare Abenteuer im Osten gestürzt: MKB-Bank, Hypo Group Alpe Adria. Kollege Güller, das Zitat, das Sie gebracht haben – "Ihr seid ja zu blöd, eine Bank zu kaufen" –, stammt nicht von Stoiber; das war Faltlhauser. Faltlhauser war einer vom toxischen Trio Faltlhauser, Naser, Schmidt.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Faltlhauser hat gesagt: Ihr seid zu blöd, diese Bank zu kaufen. Gemeint war damals die BAWAG. Ich sage: Ihr seid blöd genug gewesen, diese Bank zu kaufen. Die Bank war zu diesem Zeitpunkt nämlich pleite

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und nicht 1,675 Milliarden Euro wert. Übrigens, es passte ins Bild: Der Verwaltungsrat Hans Schaidinger aus Regensburg konnte bei der Vernehmung im Untersuchungsausschuss immer noch nicht sagen, was die Bank wirklich gekostet hat, obwohl er sich auf diese Sitzung des Untersuchungsausschusses im Gegensatz zu den anderen Sitzungen des Verwaltungsrates ordentlich vorbereitet hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und was war das für ein Desaster mit dieser Hypo Group Alpe Adria? – Nur ein paar kleine Highlights – treffender wäre zu sagen: Tiefpunkte – nenne ich, die wir hier im Untersuchungsausschuss herausgefunden haben: Benedikt Haas, ein früherer Mitarbeiter dieses Finanzministers Faltlhauser, hat ihm, bevor irgendwelche Due Diligences gemacht worden sind, einen Stichwortzettel zugesteckt und hat darauf handschriftlich zehn Gründe vermerkt, warum man diese Bank nicht kaufen soll. Da stand "Balkan-Bank", "Haider-Bank" und was weiß ich noch alles drauf – alles Dinge, die sich später

als hundertprozentig zutreffend herausgestellt haben. Das war eine Bank, die in Kroatien engagiert war und mit merkwürdigen Gestalten ungesicherte Kreditverträge über hohe Millionenbeträge abgeschlossen hat, liebe Freunde, eine Bank, deren Vorstandsvorsitzender wegen Bilanzfälschung zulasten der eigenen Bank verurteilt wurde. Die Österreichische Nationalbank sagte: Lieber Freund, das war's mit dir als Vorstandsvorsitzendem! Und was macht der Aufsichtsrat dieser Bank? – Und das war bekannt, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Was macht also der Aufsichtsrat dieser Bank? – Anstatt ihn in Haftung zu nehmen, gibt er ihm eine Millionen-Abfindung und trägt ihm das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden an.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da war ein Vorstandsvorsitzender, der sich – ich meine, in der ersten – Sitzung als Aufsichtsratsvorsitzender mit einem höchst peinlichen Vorgang zu befassen hatte, nämlich der Forderung eines Detektivs, den er als Vorstandsvorsitzender beauftragt haben soll, seinen Stellvertreter zu beschatten. – Das ist die Bank, die wir gekauft haben, liebe Freunde.

(Heiterkeit des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Wir im Bayerischen Landtag haben reagiert; und deswegen ist die Selbstbelobigungs-Orgie des Finanzministers nicht ganz so widerspruchslos, nicht ganz eins zu eins hinzunehmen. Die entscheidenden Weichenstellungen, Herr Staatsminister, wurden nicht in Ihrer Amtszeit vorgenommen. Die entscheidenden Weichenstellungen wurden vorher getroffen. Das heißt nicht, dass Sie an der Lösung des Problems nicht maßgeblich beteiligt waren; das muss man anerkennen. Aber die entscheidenden Weichenstellungen, die Intensivstation, die Bewältigung der größten Krise fanden in den Jahren 2008 und 2009 statt. Und da kann ich für uns FREIE WÄHLER in Anspruch nehmen: Wir sind nicht der Versuchung erlegen, einfach nur auf die Regierung draufzuhauen und destruktive Kritik zu üben. Nein, wir haben von allem Anfang an gesagt: Wir müssen

nach vorne schauen und mithelfen, das Problem zu lösen, und müssen natürlich die Vergangenheit rückhaltlos aufklären und aufarbeiten.

Was haben wir getan? – In der ersten Sitzung am 24. Oktober 2008 haben wir einen Antrag gestellt, eine sonstige Kommission nach § 40 der Geschäftsordnung einzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt, aber im Nachgang wurde er dann letztlich doch durch die Einsetzung der Landesbank-Kommission realisiert. In dieser Sitzung hat die SPD übrigens beantragt, den Finanzminister Erwin Huber zu entlassen. Der Antrag hat sich dann erledigt, weil Erwin Huber sowieso nicht mehr für das Amt des Finanzministers vorgesehen war, und die GRÜNEN haben einen Bericht über die aktuelle Lage gefordert.

Wir haben unter Vorsitz von Ernst Weidenbusch, dem ich hier ebenfalls herzlich zu seinem Geburtstag gratuliere, sehr schnell konstruktive Arbeit geleistet, und zwar über Fraktionsgrenzen hinweg. Wir haben alle dazu beigetragen. Das war sicherlich eine große und gute Gemeinschaftsleistung dieses Parlaments. Ich danke all denjenigen, die in dieser Landesbank-Kontrollkommission Mitglied waren. Alle fünf damals im Landtag vertretenen Parteien waren darin vertreten.

Wir haben uns als Allererstes daran gemacht, das Landesbank-Gesetz zu ändern. Das war dringend notwendig. Wir mussten und müssen einen Riegel schieben, damit derartige Zockereien zukünftig nicht mehr möglich sind. Die BayernLB hat jetzt einen klaren Auftrag, einen klaren Auftrag für die Wirtschaft, die mittelständische Wirtschaft, auch für die großen Unternehmen in Bayern, in Deutschland und in den benachbarten europäischen Ländern. Die BayernLB muss sich um die Menschen in diesem Land und um die bayerischen Sparkassen kümmern. Das ist ihre Aufgabe; keine internationalen Abenteuer, kein Investment-Banking. Das haben wir gemeinsam auf den Weg gebracht. Dieses Parlament hat daran einen ganz wesentlichen Anteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich haben wir auch sehr schnell darauf gedrängt, Vermögensbestandteile und Beteiligungen abzustößen, die gefährlich sind, die verlustbringend sind. Wir hatten darüber diskutiert, eine Bad Bank zu gründen. Das haben wir dann verworfen. Wir haben in dieser Bank eine Restrukturierungseinheit gebildet und haben dort diejenigen Beteiligungen aufgelistet, von denen wir uns trennen müssten. Diese Aufgaben haben wir dann letztlich gemeinsam bewältigt.

Bei der MKB hätten wir uns gewünscht, dass es schneller geht. Der damalige Finanzminister Fahrenschohn hat immer betont, die MKB sei nicht veräußerbar. Wir mussten ihm das glauben. Letztlich sind wir mit einem blauen Auge davongekommen.

Bei der Hypo Group Alpe Adria war es leider etwas anders. Im Oktober 2011 verkündete Fahrenschohn in einer Telefonkonferenz, er habe die Kuh vom Eis gebracht, habe die marode Bank den Österreichern zurückgegeben; man müsse 800 Millionen Euro dafür bezahlen, aber unsere Kredite, die die BayernLB als Mutter ihrer Tochter Hypo Group Alpe Adria gegeben hat, seien sicher. Dies hat sich dann später leider als Trugschluss herausgestellt. Wir mussten erneut in kostspielige, langwierige Gerichtsverfahren gehen. Letztlich hat uns das Osteuropa-Abenteuer der Hypo Alpe Adria knapp fünf Milliarden Euro gekostet. – Fünf Milliarden Euro, das sind Hausnummern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Natürlich haben wir ein wenig Glück gehabt, als es darum ging, die ABS-Papiere loszuwerden. Aber nun gut: Glück braucht man, und man muss den richtigen Zeitpunkt erwischen. Ich muss sagen: Die Bank war gut beraten und gut aufgestellt, und die handelnden Personen haben das richtig gemacht.

Wir haben als Nächstes die Spitze des Hauses neu zu ordnen gehabt. Auf Werner Schmidt folgte Kemmer. Dann haben wir gesagt, wir brechen mit der Vergangenheit, und haben Herrn Häusler als neuen Vorstandsvorsitzenden eingesetzt. Ihm folgte dann Herr Riegler. Ich muss sagen: Ein deutlicher Qualitätsunterschied ist zu erken-

nen, nicht nur in der Führung der Bank, sondern auch in der Kommunikation mit den Entscheidungsträgern und mit dem Parlament.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt mit der Landesbank aus dem Größten heraus. Ich erinnere aber schon daran, dass es sehr schmerzlich war. 7,5 Milliarden Euro stehen noch im Feuer. Die Sparkassen haben geblutet. Ich bin mit dem Kollegen Güller nicht einer Meinung, wenn er auf die Verantwortung der Sparkassen hinweist. Sehr wohl ist es richtig, dass ein Siegfried Naser hier gewaltige Verantwortung trägt, möglicherweise auch andere Verwaltungsräte der BayernLB. Die Sparkassen als solche muss man aber von der Kritik schon weitgehend ausnehmen; denn den Eigentümern wurde für ihre Entscheidung eine unvollständige Sitzungsvorlage vorgelegt. Das gehört auch zur Wahrheit.

Zur Wahrheit gehört auch, dass unsere Sparkassen natürlich unter den Entscheidungen der Vergangenheit, aber auch unter der Übernahme der Bausparkasse zu leiden haben und nach wie vor Gelder zu finanzieren haben, Gelder, die uns dann bei der Gewerbesteuer fehlen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben den Blick auch deutlich auf die Vergangenheit gerichtet und gesagt: Wir können nicht einfach achselzuckend zur Tagesordnung übergehen. Wir haben fraktionsübergreifend ein Haftungsgutachten beantragt und in Auftrag gegeben, das dann auch die Verantwortlichkeit insbesondere von Falthäuser und Naser bestätigt hat. Wir haben gemeinsam mit SPD und GRÜNEN den Untersuchungsausschuss initiiert. Das Ergebnis war, dass wir fraktionsübergreifend, alle Mitglieder dieses Parlaments, festgestellt haben, dass sämtliche Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, die im Verwaltungsrat waren, ihre Pflichten schuldhaft verletzt haben.

Wir haben aber auch sehen müssen – dies gehört zu den bitteren Erkenntnissen –, dass die GBW leider ohne Not veräußert wurde, ohne dass es erforderlich gewesen wäre. Wir sehen jetzt die Konsequenzen. Diese sind für die Mieter alles andere als er-

freulich, genauso wie das, was einigen Mitarbeitern der Bank widerfahren ist, höchst unerfreulich ist, die sich, natürlich ohne dass sie für das Desaster etwas können, mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes abfinden mussten.

Eine peinliche Geschichte waren die Fusionsgespräche der BayernLB mit der WestLB, die, wenn man sie schon führt, dann bitte nicht ausgerechnet an dem Tag abgebrochen werden sollen, an dem man in Düsseldorf eine Dependence errichtet. Damit hat man der Bank, weder der einen noch der anderen, sicherlich keinen Gefallen getan.

Ich möchte zum Schluss aber ausdrücklich anerkennen, dass sich in der CSU wohl ein wesentlicher und wichtiger Sinneswandel vollzogen hat. Herr Staatsminister Söder, Sie haben heute davon gesprochen: Wir brauchen unsere Landesbank, und wir werden unsere Landesbank nicht veräußern. Ich danke Ihnen ausdrücklich für diese Klarstellung; denn das war es, was wir in der letzten Legislaturperiode mit Vehemenz gefordert haben. CSU und FDP haben damals aber immer deutlich gemacht: Nein, wir setzen auf eine Privatisierung. Das ist vom Tisch, und das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben mit der BayernLB noch einige Herausforderungen. Deswegen ist das ein Zwischenbericht, wenn auch ein erfreulicher.

Ich möchte zum Schluss aber schon noch eines sagen: Ich kann mich noch sehr gut an den Wahlkampf 2008 erinnern, als die CSU den Verlust der absoluten Mehrheit mit dem Untergang des Abendlandes gleichsetzen wollte. Die letzte Legislaturperiode hat gezeigt, dass eine CSU ohne absolute Mehrheit und ein Parlament, das nicht von einer absoluten Mehrheit der CSU beherrscht ist, sehr wohl in der Lage sind, solche existenziellen und kritischen Probleme zu lösen. Das ist in der Tat ein guter Ausblick, vielleicht auch für die nächste Legislaturperiode.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat heute davon gesprochen: Die Mission ist erfüllt; der schwerste wirtschaftliche Fehler in Bayern in der Nachkriegsgeschichte ist ausgeglichen. – Sehr geehrter Herr Minister, ausgeglichen ist doch noch gar nichts, dies gleich vorweg.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ernst Weidenbusch (CSU): Das Wort hat er nicht verwendet!)

– Sie haben immer wieder das Wort "ausgeglichen" benutzt. Vielleicht war es in einem Ihrer Presseartikel.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist jetzt Fälschung! Das Wort kam nicht vor! – Weitere Zurufe von der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Im Moment hat Herr Hartmann das Wort!

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Der Begriff "ausgeglichen" ist sicherlich einmal gefallen, vielleicht nicht genau hier.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Was ist das für eine Rede, Hartmann! Komm!)

– Er ist sicherlich in einem Ihrer Presseartikel oder auf einer Pressekonferenz gefallen.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Zuhören!)

Sie könnten im Übrigen alte Gepflogenheiten wiedereinführen und Regierungserklärungen am Vorabend schicken. Dann wäre das nicht passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Markus Söder: Dann hätten Sie es verstanden? – Josef Zellmeier (CSU): Er hätte auch einfach zuhören können!)

Sehr geehrter Herr Minister, es geht um Folgendes: Sie haben sich hier hingestellt, eine Show abgeliefert und so getan, als wäre alles gut. So war Ihre Rede aufgebaut. Das hat man ganz deutlich gemerkt. Es ist richtig: Das Beihilfeverfahren ist beendet. Das ist eine gute Nachricht. Das ist ein Etappenerfolg. Aber davon, dass es geschafft wäre, kann wirklich nicht die Rede sein.

Schauen wir uns noch einmal die Zahlen an. 5 Milliarden Euro hat die BayernLB dem Staat bis heute zurückgezahlt.

(Ernst Weidenbusch (CSU): 5,5 Milliarden! – Peter Winter (CSU): Sie sind schon wieder nicht auf der Höhe! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Dann waren es 5,5 Milliarden Euro.

(Lebhafte Zurufe von der CSU)

Sie sind trotzdem bis heute verdammt weit von den Milliardendirekthilfen entfernt, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leisten mussten. Das muss man durchaus noch einmal sagen. Ich fand es sehr daneben, wie Sie diesbezüglich den Kollegen Güller angegangen sind. Dass man noch einmal zurückblickt, wie das passiert ist, gehört zur Debatte dazu. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und warum ist es passiert? – Weil CSU-Politiker bei den internationalen Finanzmärkten den großen Max spielen wollten. Die Übernahme der Hypo Group Alpe Adria, die ABS-Papiere und die MKB in Ungarn stehen für diesen Größenwahn. Das ist keine zehn Jahre her. Dann darf man doch in der Debatte noch einmal darauf verweisen.

Vorhin war übrigens auch der Kollege anwesend, der als Vorsitzender des Verwaltungsrats durchaus eine gewisse Verantwortung für das Desaster der letzten Jahre trägt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, jetzt möchte ich aber auf das Heute schauen. Wenn man davon spricht, das Ergebnis sei ausgeglichen oder ein Großteil der Mission sei erfüllt, dann muss man sich einmal anschauen: 5,5 Milliarden wurden zurückgezahlt, aber die 7 Milliarden Schulden, die die Landesbank noch bei den bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern hat, stehen dem gegenüber. Da kann man hier nicht davon sprechen, es sei geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch schlimmer: Zu den 7 Milliarden kommen noch Zinsen hinzu. Damit kommen wir aktuell auf circa 8,6 Milliarden Euro; denn Geld kostet Zinsen, und wir alle zahlen bis zum heutigen Tag Zinsen für die Finanzabenteuer dieser CSU-Regierung.

Das EU-Beihilfeverfahren ist beendet. Das habe ich vorhin schon gesagt. Aber, Finanzminister Söder, jede Wette: In einer der nächsten Aufsichtsratssitzungen wird die Anhebung der Vorstandsvergütungen um das Doppelte oder Dreifache beschlossen. Davon ist doch faktisch auszugehen. Sie sind zwar nicht mehr an die Vorgabe gebunden, aber dazu darf es nicht kommen, da die Landesbank den bayerischen Bürgern immer noch Geld schuldet. Das ist vorrangig zurückzuzahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Debatte wurde immer wieder davon gesprochen, weitere Rückzahlungen der Landesbank an die Staatskasse sollten folgen. Ich frage mich schon, woher die jetzt eigentlich kommen sollen. Bisher kamen die meisten Rückzahlungen ja nicht aus dem laufenden Geschäftsbetrieb einer hoch profitablen Bank, sondern sie wurden aus außerordentlichen Beträgen, aus Rückzahlungen aus Österreich, für die bereits Risikovorsorge betrieben war, und aus Beteiligungsverkäufen gestemmt. Aber das geht doch in der Zukunft so nicht weiter. Die meisten Beteiligungen sind ja bereits verkauft.

Schauen wir uns einmal die Ausschüttungen an. Im Jahr 2016 betrug die Gewinnausschüttung 115 Millionen Euro. Dem standen 280 Millionen Euro Zinszahlungen gegen-

über. Das heißt, die Ausschüttungen decken aktuell nicht die Zinszahlungen, von Tilgung und Rückzahlung ganz zu schweigen.

Dabei darf man auch nicht vergessen, dass durch den Verkauf der Beteiligungen auch der Wert der Bank geringer geworden ist; denn es waren auch Beteiligungen wie die GBW – sie wurde mehrfach hier erwähnt – und die Landesbausparkasse dabei. Das waren Beteiligungen mit einem Wert, die jetzt verkauft worden sind. Das Geschäft mit den GBW-Wohnungen machen jetzt andere. Sie wurden verkauft, um das Desaster auszubaden. Für den Staat, also auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, ist das Ganze somit in weiten Teilen ein Nullsummenspiel. Die Staatskasse bekommt zwar Geld, aber der Wert der Beteiligungen ist gleichzeitig gesunken.

Nun wird gesagt, es kämen weitere Zahlungen. Diese müssten ja im Milliardenbereich kommen, wenn wirklich alles zurückgezahlt werden soll. Sie werden – davon bin ich felsenfest überzeugt – aus dem laufenden Geschäftsbetrieb der nächsten Jahre nicht zu erwirtschaften sein. Wenn Sie den Menschen jetzt versprechen, dass das so kommen wird, dann ist das im schlimmsten Fall eine vorsätzliche Täuschung der Wählerinnen und Wähler.

Die BayernLB hat sich in den letzten Jahren faktisch entkernt, hat Inventar verkauft. Man kann auch überspitzt sagen: Nach einer kurzen Pinselsanierung steht das Haus jetzt optisch sehr gut da – optisch –, aber – dies wurde auch von den Kollegen bereits angesprochen – was fehlt, ist doch das Wesentliche einer Bank: ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell. Das hat die Bank bis heute nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das wäre aber Ihre Aufgabe. Über ein zukünftiges Geschäftsmodell hätten Sie heute gerne auch über 31 Minuten reden dürfen. Das ist Ihre Aufgabe, das ist auch die Aufgabe des Bankdirektors Herrn Riegler, dem ich an dieser Stelle für die Arbeit der letzten Monate durchaus danken möchte. Es wurde eine gute Arbeit gemacht. Das

steht außer Frage. Das entbindet Sie aber nicht von der Verantwortung für ein gutes Geschäftsmodell.

Jetzt betreiben Sie einerseits Firmenkundengeschäft. Das ist richtig, und das ist auch die Aufgabe einer Landesbank. Auch der Mittelstand ist Ihre Aufgabe. Das Problem ist nur: Das machen Genossenschaftsbanken, das machen private Banken, das macht eine ganze Reihe von Banken. Ihnen fehlt ein Alleinstellungsmerkmal für diese Bank.

Auf der anderen Seite lassen Sie sich verstärkt auf eine Konkurrenz mit anderen Landesbanken ein. Sie haben Büros in Frankfurt, Stuttgart, Düsseldorf, Berlin und Hamburg. Der Minister hat es indirekt angesprochen: Der Bankenmarkt ist nicht einfach. Darin sind wir uns wahrscheinlich einig. Es wird durchaus noch zu der einen oder anderen Bereinigung auf dem Bankenmarkt kommen. Das steht auch in der Fachwelt im Grunde außer Frage. Darum muss man sich wirklich die Frage stellen: Was ist das zukünftige Geschäftsmodell, damit die Landesbank weiterhin Geschäfte machen kann?

Der Herr Minister hat heute gesagt, er möchte, dass die Landesbank eigenständig und überlebensfähig am Markt bestehen bleibt und sich beweisen kann. Ich sage ganz offen: Wenn es die Messlatte ist, hauptsächlich eigenständig und als Bayerische Landesbank alleine am Markt zu bestehen, dann gehen bei mir die Alarmglocken an, dann muss man sehr aufpassen. Das kann ganz schnell wieder in Schwierigkeiten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler enden, wenn das der einzige Maßstab ist. Viel sinnvoller wäre es doch, ernsthaft über Fusionen oder über Kooperationen mit anderen Landesbanken nachzudenken, um den Markt richtig bedienen zu können.

Ich möchte nun noch ein Thema ansprechen, auch wenn es nicht darum geht, hier irgendwelche Ratschläge zu geben, in welchem Bereich die Bank tätig werden soll. Eines ist ganz klar – ich bin froh, dass das auch die, von mir aus gesehen, rechte Seite dieses Hauses endlich begriffen hat –: Die politische Einflussnahme hat dieser Bank nicht gutgetan. Sie soll wirklich der Vergangenheit angehören. Sie darf es so nicht mehr geben; denn genau diese politische Einflussnahme hat doch zum Misser-

folg geführt. Darüber sind wir uns doch jetzt alle einig. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass es keine politische Einflussnahme mehr geben wird.

So viel zum Schluss, meine Damen und Herren: Von einer erfüllten Mission kann man nicht sprechen, und auch nicht von einem wirklich ausgeglichenen Fehler der Vergangenheit. Es ist noch eine ganze Reihe Hausaufgaben zu machen. Ein Teil ist gemacht; das will ich gar nicht abstreiten. Aber große Aufgaben stehen noch bevor. Man muss auch sagen: Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben noch eine schwere Last, die – Erwin Huber ist gerade nicht im Saal – Erwin Huber als Aufsichtsratsvorsitzender mit seinen Parteifreunden zu verantworten hat. Diese schwere Last wegen des Versagens der Landesbank in den letzten Jahren wird das Land in den nächsten Jahren noch tragen müssen. Das gehört zur Debatte mit dazu, auch wenn man in manchem Bereich auf einem besseren Weg ist, als der eine oder andere vor sieben Jahren vielleicht gedacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Winter.

Peter Winter (CSU): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die notwendige Rettung der Bayerischen Landesbank war sicherlich eine der schwierigsten Aufgaben und brachte einige der schwersten Stunden der bayerischen Finanzpolitik. Eine Insolvenz der BayernLB hätte aber noch weitreichendere Folgen für den Freistaat Bayern und damit auch für den bayerischen Steuerzahler gehabt. Aber in Bayern gibt es noch eine Landesbank – anders als unter anderer politischer Verantwortung. In Nordrhein-Westfalen gab es die WestLB, nun gibt es dort keine Landesbank mehr.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Die GBW war nicht im Eigentum des Freistaats Bayern, sondern sie war eine Beteiligung der Landesbank. Darauf möchte ich der Ordnung und Wahrheit halber hinweisen.

(Beifall bei der CSU)

Freistaat und Sparkassenverband als jeweils hälftige Träger der Landesbank – auch das möchte ich noch einmal der guten Ordnung halber erwähnen – mussten im Rahmen der sogenannten Gewährträgerhaftung gemeinsam für die Altverbindlichkeiten der BayernLB einstehen. Wir mussten damals schwerwiegende Belastungen für die Sparkassen vermeiden. Deswegen hat der Freistaat 2008/2009 die Stabilisierung der BayernLB einseitig übernommen, obwohl auch die Sparkassen und deren Gewährträger zur Hälfte Eigentümer der Bayerischen Landesbank waren. Nur auf diesem Weg konnten wir eine Überforderung der bayerischen Sparkassen und unserer Kommunen verhindern.

Lieber Herr Kollege Pohl und lieber Herr Kollege Güller, wenn man schon die Vergangenheit bemüht, sollte man nicht vergessen, dass in den Gremien der Sparkassen viele politische Kräfte aller Couleur vertreten waren, die diesen Weg mitgegangen sind. Auch das gehört zur Wahrheit an diesem Tage.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Falsch informiert! Die Unterlagen waren unvollständig! Das wissen wir alle!)

– Lieber Herr Kollege Pohl, wenn die Unterlagen unvollständig waren und die Herrschaften das nicht gemerkt haben, waren sie wirklich fehl am Platze bei diesen Entscheidungen.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Weil sie die Hälfte unterschlagen haben!)

Ich möchte der Ordnung halber nochmal darauf hinweisen – das kann man in den Protokollen nachlesen –, dass der damalige haushaltspolitische Sprecher der SPD und

jetzige Oberbürgermeister von Passau, Herr Dupper, diesen Weg mitgegangen ist und durchaus die Landesbank für ihre Entscheidungen gelobt hat. Auch das gehört an diesem Tag zur Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Grund für die damalige Krise der BayernLB war, dass sich das damalige Bankgeschäft – das muss man auch zugeben, und auch das gehört zur Wahrheit – viel zu weit von den Bedürfnissen der Realwirtschaft entfernt hatte, was auch den Vorstellungen dieses Parlaments nicht unbedingt entsprach. Das hat sich Gott sei Dank seit 2008 geändert. Es gibt Gott sei Dank einen neuen Stil des Miteinanders. Der Restrukturierungsprozess bei der BayernLB wurde eng und intensiv vom Bayerischen Landtag und allen seinen Fraktionen begleitet. Der Bayerische Landtag hat sich seit Ende 2008 in über 25 Plenardebatten, in mindestens 55 Sitzungen des Haushaltsausschusses, 50 Schriftlichen Anfragen und 75 Plenaranfragen mit der Bayerischen Landesbank befasst. Der Landtag wurde seit 2009 laufend mit über 60 Schreiben des Finanzministeriums über die Situation der BayernLB informiert. Zur Veranschaulichung nenne ich nur wenige kleine Beispiele: zum Kauf und Verkauf der Hypo Group Alpe Adria, zum neuen Geschäftsmodell der BayernLB, zum EU-Beihilfeverfahren, zum Verkauf der ungarischen Tochter MKB und zum Verkauf der GBW AG und weiterer Beteiligungen.

Natürlich ist und bleibt das Bankgeschäft an sich kompliziert und risikobehaftet. Daran hat sich nichts geändert. Außerdem sind wir Abgeordnete nicht alle Bankprofis und können nicht jedes Geschäft intensiv begleiten. Aber aus meiner Sicht war es gerade diese enge Begleitung bei der Restrukturierung, die der BayernLB wieder mehr Bodenhaftung und mehr Erdung verschafft hat. Lieber Herr Riegler, das merken wir auch, wenn Sie im Haushaltsausschuss sind.

Ich möchte deshalb einige Aspekte der Stabilisierung der BayernLB etwas unter die Lupe nehmen, zum Beispiel die Änderung des Landesbankgesetzes, die am

20. Juni 2013 vom Plenum verabschiedet wurde, die Annäherung an die Organisation einer Aktiengesellschaft und den Prozess der Entpolitisierung. Auch das wurde von vielen Vorrednern bereits angesprochen. Die stärkere Beteiligung des Landtags fand ihren Ausdruck auch in der Verankerung eines Zustimmungsvorbehaltes des Landtags in Beteiligungsangelegenheiten der Bank für sämtliche Beteiligungserwerbe und Beteiligungsveräußerungen von mehr als 100 Millionen Euro. Dadurch wurde die parlamentarische Kontrolle bei Geschäften sichergestellt, die von besonderer Bedeutung für die Zukunft der Bank sind. So wurde zum Beispiel der Verkauf der Beteiligungen an der SaarLB an das Saarland in den Sitzungen des Haushaltsausschusses am 12. November 2009 und am 28. Januar 2010 und am 3. Dezember 2013 behandelt. Der Verkauf der Beteiligung an der österreichischen Hypo Alpe Adria an den österreichischen Staat haben wir in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 17. Dezember 2009 konstruktiv begleitet.

Der Verkauf der Landesbausparkasse Bayern an die Bayerischen Sparkassen stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Haushaltsausschusses am 28. November 2012. Mit dem Verkauf der Beteiligung an der ungarischen MKB – auch das, da gebe ich vielen recht, war sicherlich ein Fehler in diesem Zusammenhang – haben wir uns im Haushaltsausschuss am 24. Juli 2014 befasst. Am 21. Oktober 2014 stand dann der Verkauf des ABS-Portfolios zur Diskussion im Haushaltsausschuss. Mit dem Verkauf der Beteiligung der BayernLB an der GBW an die Patrizia AG haben wir uns intensiv und sehr lange in unserer Sitzung am 9. April 2013 beschäftigt.

Der langjährige und komplizierte Generalvergleich mit Österreich im Zusammenhang mit der Hypo Group Alpe Adria folgt dann in den Sitzungen des Haushaltsausschusses am 7. Juli 2015 und am 29. Oktober 2015. Hierbei gilt mein Dank vor allem unserem Kollegen Ernst Weidenbusch – das ist heute ein schönes Geburtstagsgeschenk für dich –, ohne den die Lösung dieses Gordischen Knotens wohl kaum zustande gekommen wäre. Herzlichen Dank noch einmal dafür!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Diese zahlreichen Beispiele zeigen zum einen die intensive parlamentarische Begleitung der Restrukturierung und Stabilisierung der BayernLB durch den Haushaltsausschuss und zum anderen die wichtigen und notwendigen Stationen der Gesundung der BayernLB.

Natürlich sind wir mit der Thematik der BayernLB noch nicht am Ende. Der Haushaltsausschuss wird diesen Weg weiterhin mitgehen und mitbegleiten. Aber heute ist trotz alledem ein guter Tag, und deshalb möchte ich mich bei Ihnen, Herr Riegler und Ihren Mitarbeitern, die auch schwierige Situationen zu meistern hatten, ganz herzlich bedanken, aber auch bei den zuständigen Mitarbeitern im Finanzministerium und vor allem auch bei unserem Staatsminister Dr. Markus Söder und seinem Amtschef Herrn Lazik. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz und vor allem dafür, dass Sie uns immer wieder Rede und Antwort in komplexen Bankangelegenheiten gestanden haben und immer zur Verfügung standen, wenn der Haushaltsausschuss das Bedürfnis nach weiteren Informationen hatte. Der Dank gilt aber auch unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der mit ruhiger Hand den Weg der BayernLB aus der Krise zurück zu einer stabilen Bank begleitet hat.

(Beifall bei der CSU)

Bei allem Verständnis für die Opposition betone ich: Wir Politiker im Parlament tun aus meiner Sicht gut daran, die Landesbank nicht als beliebtes Instrument für den politischen Schlagabtausch zu missbrauchen. Letztlich müssen wir alle ein gemeinsames bayerisches Interesse daran haben, den Werterhalt und die Stabilität unserer Landesbank zu sichern.

Zum Abschluss gestatten Sie mir noch einige Worte zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen auf den Freistaat Bayern. Die damalige Milliardenspritze war eine große finanzielle Herausforderung für den Freistaat Bayern, an der wir zugegebenermaßen noch zu knabbern haben. Umso wichtiger ist es, dass wir seit 2011 kontinuierliche Einnahmen seitens der BayernLB erhalten haben. Mit der Rückzahlung der letzten Milliarde

am 30. Juni 2017 beläuft sich die Summe der Rückzahlungen der Bank an den Freistaat auf insgesamt rund 5,5 Milliarden Euro, davon 1,96 Milliarden Euro als Vorteilsausgleich für die Garantie des Freistaats für das ABS-Portfolio, 3 Milliarden Euro als Kapitalrückzahlung, 0,4 Milliarden Euro als ABS-Garantiegebühren und 115 Millionen Euro als Zinszahlungen.

Mit diesem Geld konnten wir zunächst die Zinslasten der BayernLB tragen und darüber hinaus Schulden tilgen. Im letzten Jahr haben wir im Sonderkapitel BayernLB 550 Millionen Euro getilgt, im aktuellen Doppelhaushalt 2017/2018 ist bereits ein weiterer Abbau der BayernLB-Schulden in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Euro vorgesehen. Ich bin sehr dafür, dass die jetzt erfolgte Rückzahlung von 1 Milliarde Euro ebenfalls zur Schuldentilgung verwendet wird, um den Schuldenabbau weiter zu beschleunigen. Auch in Zukunft sollten wir Zahlungen der Bank für Schuldentilgungen verwenden. Das ist unser Verständnis von nachhaltiger Finanzpolitik und von verantwortungsvoller Bewältigung der Vergangenheit. Ich würde mich persönlich sehr freuen, wenn wir diesen Weg fraktionsübergreifend miteinander gehen könnten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Winter, ich möchte zunächst einmal Ihre letzte Bemerkung aufgreifen: Wir haben das in der Vergangenheit so gehandhabt und werden das auch in Zukunft so tun. Die Versuchung wäre sicher groß gewesen, hier ganz anders einzusteigen. Wir haben das im Interesse der Bank nicht getan, und das war richtig.

Ich habe noch eine Bemerkung zu der Frage, wie es zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria kam. Dafür tragen natürlich auch Vertreter der Sparkassen Verantwortung. Es sind die Verwaltungsräte Naser, Schaidinger, Christmann und Hagl. Einer fehlt mir noch. Das waren, so meine ich, alles CSU-Mitglieder, um das hier einmal deutlich zu

sagen. Es gab eine Eigentümerzustimmung, und zwar sowohl aufseiten der Sparkasse als auch aufseiten der Staatsregierung. Ich glaube nicht, dass man die Eigentümerzustimmung zu einem Thema der persönlichen oder politischen Verantwortung machen kann. Wir haben das im Untersuchungsausschuss auch nicht getan. Wenn man das tut, dann müsste man allerdings den Ministerpräsidenten Stoiber und alle Mitglieder seines damaligen Kabinetts – ich meine sogar, auch Herrn Minister Söder persönlich – in die Verantwortung für die Hypo Group Alpe Adria nehmen. Ich tue das hier an dieser Stelle nicht.

Ein Letztes noch: Die Eigentümer von der Sparkassenseite hatten nicht alle Unterlagen. Es gab eine Due Diligence II. Da hat Herr Naser seinen Sparkassenleuten nur unvollständige Unterlagen vorgelegt. Er hat 30 Seiten, wenn ich mich recht erinnere, bei denen es um Risiken oder Dealbreaker im Zusammenhang mit dem Kauf der Hypo Group Alpe Adria ging, einfach weggelassen.

Peter Winter (CSU): Ich bin sehr dankbar, dass Sie, lieber Herr Pohl, sagen, dass wir gemeinsam fraktionsübergreifend diese Dinge weiter behandeln. Dann kann man auf das eine oder andere in solchen Debatten verzichten. Ich sage Ihnen nochmals: In diesen Gremien waren auch die Sparkassen mit ihren Sachverständigen und viele Landräte und Oberbürgermeister. Darüber gibt es Protokolle. Darin werden Sie viele Namen finden, die auch Ihnen bekannt sind.

(Harald Güller (SPD): Kollege Freller hat gesagt, dass man das nicht ansprechen soll!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich jetzt so viel gelobt worden bin, möchte ich dem Finanzminister danken, dass er dieses Thema heute an meinem Geburtstag auf die Tagesordnung gesetzt hat.

(Harald Güller (SPD): Am Ende hat er es nur deswegen gemacht!)

Ich danke meiner Fraktion, dass sie mich als letzten Redner reden lässt.

Im Rahmen der Finanzkrise war auch die BayernLB massiv betroffen. Letztendlich belief sich das Risiko für die BayernLB und den Freistaat Bayern auf dem Höhepunkt der Krise auf etwa 113 Milliarden Euro. Das war der Ausgangspunkt. Wir waren mit 50 % an der Bank beteiligt. Andere Beteiligte waren nicht in der Lage, diese Last zu tragen. Die Krise hat uns deshalb aufgrund der Fortgeltung der Garantiehafung als Gewährträger in vollem Umfang getroffen. Wir sind daher heute schon an einem Punkt, an dem wir sagen dürfen: Wir sind zufrieden.

Ich bitte darum, den Vergleich mit anderen europäischen Banken anzustellen. Soweit ich das überblicke, sind wir die Einzigen, die aus strukturierten Papieren einen Gewinn erzielt haben. Wir haben jetzt eine stabile Bank mit einer Kernkapitalquote von 13,1 %; damals waren es 6 %. Uns gehören 75 % der Bank, damals waren es 50 %.

Ich habe Verständnis für die Opposition. Deren Arbeit kann nicht darin bestehen, dass beispielsweise Harald Güller sagt: Die CSU-dominierte Bank war auch im internationalen Finanzmarktsog und stand genauso schlecht da wie alle anderen, aber die CSU-Staatsregierung hat ihre Sache super gemacht, jetzt läuft es wieder prima. – Diese Erwartungshaltung an die Oppositionsarbeit wäre verfehlt.

(Harald Güller (SPD): Vor allem deshalb, weil ich nicht die Unwahrheit sage!)

Man kann sich natürlich auch auf das Gebot berufen: Du sollst nicht lügen.

Das trifft natürlich zu, was die HGAA betrifft. Aus meiner Sicht war der entscheidende Fehler nicht unbedingt gewesen, dass wir sie gekauft haben. Auch der Rest der Finanzwelt war der Meinung, das sei eine tolle Idee. Die Ratingagenturen haben uns sogar hinaufgestuft. Problematisch war aber, dass wir sie im folgenden Jahr im Rahmen des konzerninternen Finanzierungsmanagements mit so vielen Milliarden Euro ausgestattet haben, dass aus einem eigentlich überschaubaren Kauf ein Finanzaben-

teuer in zweistelliger Milliardenhöhe geworden ist. Wir hatten nicht den Mut, entsprechend darauf zu reagieren und nach kurzer Zeit lieber 1,65 Milliarden Euro abzuschreiben, bevor wir noch weiter ins Obligo gehen. Man hat sich falsch entschieden.

Heute ist zu sagen: All diese Probleme haben wir bewältigt. Mit "wir" meine ich uns. Ich möchte allen ein Dankeschön sagen, die in der Landesbankkommission mitgearbeitet haben und die dem Standard der BaFin, wie die Arbeit stattzufinden hat, gerecht geworden sind. Einige der Kollegen sind noch da. Ich erinnere an meine langjährige Stellvertreterin und auch an Adelheid Rupp. Auch ihr gebührt Dank – sie ist nicht mehr im Parlament –, ebenso wie Eike Hallitzky von den GRÜNEN, der sehr konstruktiv mitgearbeitet hat. Auch die FREIEN WÄHLER sind zu erwähnen. Bernhard Pohl hat selber gesagt, was die FREIEN WÄHLER beigetragen haben.

Es ist übrigens sehr interessant, die Unterschiede innerhalb der Opposition zu sehen. Die SPD hat, was ich verstehe, die Defizite von vor 2008 aufgearbeitet und dargestellt, was sie noch für unerledigt hält. Bei den Beiträgen von Bernhard Pohl hatte ich manchmal den Eindruck, er sei mit mir in den Kabinettsitzungen gewesen, als wir die Lösungen vorgestellt haben. Bernhard, du hast so oft gesagt, was wir gemeinsam gelöst haben. Vieles davon war ein Mittragen dessen, was die Beamten im Finanzministerium konzipiert haben und was der Finanzminister vorgestellt hat.

Wenn man ein solches Problem lösen will, dann muss man kreativ sein. Das waren wir. Manches musste man unkonventionell lösen. Das hat für mich auch bedeutet, mit den Fraktionsvorsitzenden auf dem Gang zu besprechen, was zu machen war, weil das aus meiner Sicht nicht in die Sitzungstermine gepasst hat. Auch das war in den achteinhalb Jahren möglich, wenn es notwendig war.

Ausdrücklich hervorheben möchte ich die Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss. Wann immer wir eine geheime Sitzung im Haushaltsausschuss hatten, hat jeder die Geheimhaltung bewahrt. Die Inhalte sind geheim geblieben. Dafür einen herzlichen Dank. Ich kann nämlich gut verstehen, dass man im Sinne der Oppositionsarbeit

manchmal die Versuchung gehabt hätte, etwas in die Öffentlichkeit zu tragen. Das ist nie passiert. Das war im Sinne Bayerns. An der Stelle hat die Opposition massiv dazu beigetragen, dass wir die Bank haben retten können.

(Harald Güller (SPD): Jetzt wird es zu viel!)

– Du fühlst dich jetzt an der falschen Stelle gelobt. Das tut mir leid. Ich hoffe, es schadet dir nicht, Harald.

Wenn wir so weitermachen, dann wäre das eine gute Sache. Persönlich möchte ich noch anmerken, dass ich die Entpolitisierung der Bank nicht ganz so sehe. Ich glaube, dass der Anteil der Politik an der Krisenbewältigungsbegleitung bei der BayernLB erheblich war und dass es durchaus nichts schadet, wenn die Politik diese Bank weiter begleitet. Wir werden uns sicher darüber unterhalten müssen, wie wir das auf Dauer am besten organisieren, damit es unserer Bank und damit unserem Land auch in Zukunft gut geht.

Ich danke Ihnen für die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit und verbinde das mit der Bitte, das auch weiterhin so zu machen. Wir zahlen dann auch den noch offenen Rest sukzessive zurück.

Lieber Harald, bitte frage mich nicht nach dem Rückzahlungsplan. Ich verspreche dir, dass ich dich umgekehrt auch nicht nach den Lottozahlen für nächsten Samstag fragen werde. Die Wahrscheinlichkeit, diese beiden Fragen beantworten zu können, ist ungefähr die gleiche: Du kennst die Lottozahlen nicht, und ich weiß nicht, wie sich das Zinsumfeld entwickeln wird, wie die Zinskurve und die Marge ausschauen und unter welchen Rahmenbedingungen wir arbeiten können. Somit kann ich auch nicht ausrechnen, was die Bank verdienen kann. Wenn ich nicht weiß, wie viel Geld die Bank hat, dann weiß ich auch nicht, wie viel Geld sie uns geben kann.

Herzlichen Dank fürs Zuhören. Vielen Dank, dass Sie mir diese Freude heute zu meinem Geburtstag gemacht haben.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) und Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Es geht um 13.30 Uhr weiter.

(Unterbrechung von 13.02 bis 13.32 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Anschluss an die Mittagspause setzen wir die Sitzung jetzt fort.